



Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen
Nr. 3 | Winter 2024



**Verdrängte Verfolgung,
erkämpfte Erinnerung**

Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

- 4 Späte Würdigung, hart erkämpft
Thomas Lutz
- 10 Kontinuitäten der Ausgrenzung
Jost Rebentisch
- 12 Geschlechtsnonkonformismus in der Häftlings-
gesellschaft des KZ Ravensbrück
Insa Eschebach
- 18 »Da gibt es hier gar nichts ...«
Lutz van Dijk
- 22 »Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager«
Oliver Gaida und Laura Stöbener
- 24 Spielen, sprechen, sichtbar machen!
Harald Hahn

ASF-BILDUNGSARBEIT

- 28 10 Perspektiven
Sara Spring und Janika Raisch
- 32 Mod und Anna
Anne Scholz

FREIWILLIGE BERICHTEN

- 34 Zerbrechlichkeit und Emotion sind okay
Anna Eckholt
- 35 Ein offenes Haus, ein kleiner Garten –
neues Leben möglich machen
Karl Lammers

PARTNER*INNEN BERICHTEN

- 38 Bestraft und vergessen
Ute Weinmann
- 39 »Ein tolles Kollektiv!«
Interview mit Sergej Bogdanow
- 40 Zwischen allen Fronten
Valentin Schneider
- 42 Was ist die Steigerung von unterkommuniziert?
Doris Wöhncke

GUTES TUN

- 46 Zustiften, um dauerhaft Erinnerung
und Frieden zu fördern

47 ZUR LEBENSWEGE-REIHE/TERMINE

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild, S. 28/30: ASF/Andrzej Rudiak

S. 3: ASF/Bernhardt Link

S. 8: Depositphoto

S. 9: Zweitzeugen/Björn Helpap

S. 16: Staatsarchiv Würzburg/Gestapostelle Würzburg 16015,
Bl. 4 und Bl. 66

S. 17: Wikimedia Commons/Zartesbitter [CC BY-SA 4.0]

S. 20/21: Zweitzeugen/Steven Hensel/Sarah Hüttenberend

S. 26: Archiv Peter Weisrock, Nieder-Olm, Stadtarchiv Nieder-Olm

S. 27: Stadtarchiv Nieder-Olm, Landesarchiv Speyer/Landgericht
Mainz 5 O(WG) 92/54

S. 29/30: ASF/Eva Künzel

S. 36/37: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück/Fotograf*in
unbekannt, Foto-Nr. 98/119 und Foto-Nr. 2009/704

S. 37: Museum Berlin-Karlshorst/Boris Wdowenko, Nr. RA 03.04

S. 44: Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz/
Gert Krützfeldt, Hamburg

S. 45: Wikimedia Commons/Lutz Lange [CC BY-SA 4.0]

Zur Lebenswege-Serie: Mehr über unsere Kooperationspartner
Zweitzeugen und das Projekt #zumfeindgemacht auf S. 47.

 Evangelische Kirche
in Deutschland

Diese *zeichen*-Ausgabe erscheint in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich
Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft und einer Förderung der Evangelischen
Kirche in Deutschland (EKD).

 Kofinanziert von der
Europäischen Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten der Autor*innen
spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Bewilligungs-
behörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde
können dafür verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 3, Winter 2024, 52. Jahrgang

Auflage: 7.700 Exemplare

ISSN: 2749-5639

Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.,
Auguststraße 80, 10117 Berlin

Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Matteo Schürenberg

Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann

Telefon: +49 30 28395-184 | Fax: +49 30 28395-135

E-Mail: asf@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin

Druck: Druckhaus Dülmen

**Unterstützen Sie unser Engagement
für Erinnerung und Frieden**

ASF-Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft Berlin

IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC: BFSWDE33XXX

Editorial

Liebe Leser*innen,

im kommenden Jahr jährt sich das Ende der nationalsozialistischen Vernichtung zum 80. Mal. Die Auseinandersetzung mit dieser Gewaltgeschichte wurde durch Geschichtswerkstätten, Erinnerungsorte und auch durch Organisationen wie *Aktion Sühnezeichen* stark geprägt. Und gleichwohl gibt es bis heute NS-Verfolgte, über deren Unterdrückung im Nationalsozialismus kaum etwas bekannt ist – auch weil sie bis heute Diskriminierung ausgesetzt sind – als Rom*nja und Sinti*zze, als Schwarze Menschen, als Wehrdienstverweigerer, aufgrund einer Behinderung oder einem nonkonformen Lebenswandel, der als »asozial« brutal verfolgt wurde. Diesen Menschen wollen wir dieses *zeichen* widmen.

Wir stellen in Kooperation mit den innovativen Erinnerungsprojekten *#zumfeindgemacht* und *Zweitzeugen** ganz unterschiedliche Lebenswege vor, denen eines gemeinsam ist: Sie sind nicht nur durch die NS-Verfolgung, sondern auch durch Verdrängung nach dieser Zeit geprägt. Zugleich wird sichtbar, wie sich Verfolgte beistanden und in der Nachkriegszeit für die Anerkennung ihrer Verfolgung und die Erinnerung an die Opfer eintraten.

Dieses Gedenken und auch Entschädigungszahlungen mussten förmlich erkämpft werden: Oft entschieden dieselben Behörden über die Verfahren, die auch Teil der NS-Verfolgung waren. Systematisch verschleppten sie Aufklärung und Anerkennung, ja sie verfolgten viele Opfer weiter, wie Thomas Lutz und Jost Rebentisch in ihren Beiträgen beschreiben. Zudem traf und trifft viele Betroffene bis heute gesellschaftliche Ausgrenzung, die teils auch zwischen KZ-Häftlingen Hierarchien setzte, was Insa Eschebach für den Geschlechtsnonkonformismus in Ravensbrück aufzeigt.

Die fortwährende Diskriminierung prägt auch das (Nicht-)Erinnern in Familien, mit dem sich der ehemalige ASF-Freiwillige Harald Hahn in einem »Monolog mit meinem ›asozialen Großvater« auseinandersetzt. Lutz van Dijk erinnert sich, wie eine Gruppe junger Schwuler Ende der 1980er-Jahre mit dem Überlebenden Karl Gorath die erste Gedenkreise in die Gedenkstätte Auschwitz unternahm.

Heute begleiten ASF-Freiwillige die letzten Überlebenden auf ihren ganz unterschiedlichen Lebenswegen. Sie begleiten zudem verschiedene Menschen, die oftmals an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Anna und Karl berichten aus den Niederlanden über ihr soziales Engagement, das immer auch eine historische wie politische Dimension hat.

In unserer Arbeit begegnet uns die Kontinuität verdrängter, aber auch erkämpfter Erinnerungen immer wieder. Ich durfte im letzten Jahr eine Gedenkfahrt von Sinti aus Ostfriesland nach Auschwitz begleiten. Die Nachfahren der zweiten und dritten Generation recherchierten und gedachten gemeinsam der Opfer in ihren Familien – und berichteten über ihr gemeinsames Engagement gegen heutige Ausgrenzung. Die Begegnungen haben mich sehr berührt.

Mit diesem *zeichen* möchten wir dazu beitragen, dass verdrängte Geschichten sichtbarer werden.

Ich wünsche eine schöne Adventszeit und grüße sehr herzlich,

Ihre und Eure
Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*



Späte Würdigung, hart erkämpft

Der steinige Weg zur öffentlichen Anerkennung aller Gruppen von NS-Verfolgten

Thomas Lutz

Auch heute noch, 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus, ringen dessen Opfer um Anerkennung. Es hat über 30 Jahre, bis in die 1980er-Jahre gedauert, bevor die Forderung nach Anerkennung und Entschädigung aller unterschiedlicher Gruppen der NS-Verfolgten überhaupt erst aufgekommen ist. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in zwei Aspekten begründet, die sich aus der deutschen Geschichte ergeben:

Der Nationalsozialismus konnte an Vorurteilsstrukturen, diskriminierende Gesetze und behördliche Handlungen gegenüber unerwünschten Randgruppen anknüpfen, die schon lange vorher bestanden. Zwischen 1933 und 1945 sind die repressiven Maßnahmen jedoch wesentlich umfangreicher und gewaltsamer durchgeführt worden als je zuvor.

An dem arbeitsteiligen Prozess der Diskriminierung, Ausgrenzung, Ausbeutung und Ermordung dieser stigmatisierten Gruppen war ein Großteil der Bevölkerung beteiligt. Im Großen und Ganzen war bekannt, dass Massenverbrechen begangen wurden. Deutsche hatten dabei, je nach ihrer Position in NS-Staat und Gesellschaft, unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten.¹

Die NS-Geschichte wurde in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten gegensätzlich interpretiert. Das hat Folgen für die soziale Stellung und rechtliche Anerkennung der unterschiedlichen Gruppen von NS-Opfern.

Anerkennung und Entschädigung in der DDR

Die DDR argumentiert aus ihrem antifaschistischen Selbstverständnis, dass mit der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung die Grundlagen des Nationalsozialismus beseitigt seien. Die NS-Hauptverantwortlichen sieht sie in der Bundesrepublik. Da-

mit besteht für sie keine Notwendigkeit, sich mit einer Verantwortung für die NS-Zeit auseinanderzusetzen. Reparationen muss die DDR mit der Demontage von Industrieanlagen durch die Sowjetunion leisten.

Positiv ist zu vermerken, dass schon vor der Gründung der DDR »Kämpfer gegen den Faschismus« sowie »Opfer des Faschismus« Rentenzahlungen und soziale Unterstützung erhielten. Diese Ehrerbietung umfasste jedoch nur eine kleine Gruppe der NS-Verfolgten entsprechend ideologischer Vorgaben. Knapp 13.000 Anspruchsberechtigte erhalten am Ende der DDR noch Ehrentpensionen. Andere Gruppen, etwa die meisten Sinti*zze, Zwangssterilisierte, Schwule und Wehrdienstverweigerer sowie Zeugen Jehova, werden bewusst missachtet.

Entwicklung der Entschädigung in der Bundesrepublik

Der größte Wunsch der Überlebenden war es nach der Befreiung, ein gutes normales Leben aufzubauen, nachdem sie so viele Lebensjahre durch die Verfolgung verloren hatten. Im Nachkriegsdeutschland müssen sie sich in eine Gesellschaft wieder eingliedern, die kein Interesse hat, etwas über ihre Lebensschicksale zu erfahren oder gar die eigene Verantwortung für die NS-Verfolgung zu übernehmen. Dies gilt gerade auch für staatliche Stellen, die oftmals personell und strukturell starke NS-Kontinuitäten aufweisen. So werden NS-Opfer im Nachkriegsdeutschland bei ihren Bemühungen, Ansprüche für ihre NS-Verfolgung geltend zu machen, von den Behörden häufig weiter drangsaliert (siehe *zeichen*-Beitrag, S. 10).

Diese schweigsame Zeit, die viele Überlebende als eine zweite Verfolgung beschreiben, ändert sich erst über drei Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft.

Überlebende sind bei ihren Bemühungen, auf die NS-Verfolgung aufmerksam zu machen, von zwei Faktoren abhängig: Zum einen die Art und Weise, wie die Mehrheitsgesellschaft sich aktuell zu der entsprechenden Randgruppe verhält. Zum anderen, wie es diesen Gruppen möglich ist, selbstorganisiert aufzutreten und sich Gehör zu verschaffen.

Dank eines breit gefächerten und vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements seit den 1980er-Jahren gelingt es in Westdeutschland, die gesamte Spannweite der nationalsozialistischen Verbrechen langsam aber stetig in das gesellschaftliche Bewusstsein zu holen.

Die meisten Befürworter*innen einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit gehören selbst keiner der NS-Verfolgten Gruppen an: Ihr Augenmerk gilt allen Komplexen der Verfolgung in der NS-Zeit und den Menschen, die darunter leiden mussten. Erst mit der Aufarbeitung der lokalen Geschichte stellen sie fest, dass es zahlreiche Gruppen von Opfern gibt, die ihnen bis dato nicht bekannt waren.

Von großer Bedeutung ist dabei der neu entstandene persönliche Kontakt zu vielen Überlebenden und das Aufkommen der Zeitzeugenkultur. Hierbei wird die NS-Herrschaft sowohl in den einzelnen Schicksalen als auch ihrem gesamten Umfang konkret erfahrbar. Die einzelnen biographischen Erzählungen lassen eine Nähe zur Geschichte entstehen und machen zugleich deutlich, welche persönlichen Schicksale sich hinter den ungeheuren Zahlen an Verfolgten verbergen.

Die Verbreitung des historischen Wissens findet nunmehr auf vielen Ebenen statt:

Geschichtswerkstätten wenden sich der lokalen Alltags- und Lebensgeschichte zu. Museen und Forschung öffnen sich sozialgeschichtlichen Themen. Bei den Schülerwettbewerben zur deutschen Geschichte lautet im Schuljahr 1980–1981 das Motto »Alltag im Nationalsozialismus«. Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit werden zwei Jahre später von Schüler*innen erforscht. Jeweils über 10.000 Jugendliche beteiligen sich daran.

Zahlreiche Gedenkstätten entstehen bundesweit, die an den historischen Stätten über die konkreten Verbrechen vor Ort forschen. Erstmals werden die Schicksale der sehr verschiedenen Gruppen der NS-Verfolgten mit Empathie für ihre Leidensgeschichte dargestellt. Das Erschrecken über die Jahrzehnte der Verleugnung im Nachkriegsdeutschland ist bis heute eine starke Motivation für das Engagement.

Es entstehen immer mehr Programme, mit denen die Überlebenden und ihre Angehörigen an die Orte ihres Leidens oder in ihre alte Heimat eingeladen werden. Diese persönlichen Begegnungen, oftmals mit öffentlichen Würdigungen, aber auch Zeitzeugengesprächen vor Schulklassen und Einladungen in die Gedenkstätten verbunden, hinterlassen bis heute auf bei-

den Seiten einen tiefen Eindruck. Gerade diese persönliche Dimension hat einen großen Anteil an einer zunehmenden gesellschaftlichen Anerkennung ihrer spezifischen NS-Verfolgung.

Trotz der durchaus gewachsenen Bereitschaft in Deutschland, sich kritisch mit der eigenen Geschichte zu befassen, werden bis heute die einzelnen Verfolgten Gruppen sehr unterschiedlich anerkannt. Der Brückenschlag zu Menschen, denen sich die Mehrheitsgesellschaft näher fühlt, stößt auf weniger Widerstand. Dies trifft etwa zu auf aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgte Intellektuelle. Sie standen und stehen den sozial und politisch etablierten Milieus ohnehin meist näher. Viel schwieriger fällt die Bejahung des erlittenen NS-Unrechts bei denjenigen aus, die auch nach 1945 gesellschaftlich gemieden sowie durch Behördenhandeln diskriminiert werden. Zudem bestehen zahlreiche NS-Gesetze weiterhin fort. Das betrifft in unterschiedlicher Weise Kommunist*innen, Sinti*innen und Rom*innen, Kranke und Behinderte, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Arbeitslose, zudem sogenannte »Asoziale« und »Arbeitsscheue« sowie Menschen, die von Militär- und Sondergerichten verurteilt wurden. Sie alle, so unterschiedlich sie sind, müssen gegen wesentlich größere Widerstände ankämpfen. Und auch der Antisemitismus ist zwar öffentlich geächtet, besteht jedoch unterschwellig fort.

Für die Erlangung von öffentlichem Gehör ist zudem von großer Bedeutung, inwieweit die Betroffenen in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und somit ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen. Die 1980er-Jahre sind eine Gründungszeit für bürgerschaftliche Initiativen, auch Betroffenenverbände der NS-Opfer können sich entwickeln.

Die meisten der in Deutschland lebenden Jüdinnen*Juden sind schon länger gut in Gemeinden und Verbänden organisiert. Sie haben durch das Bundesentschädigungsgesetz vergleichsweise gute Zahlungen erhalten. Dennoch gibt es auch hier noch sehr große Defizite und Ungerechtigkeiten, die von ihnen nun verstärkt angeprangert werden. Die Verfolgungsgeschichte des Holocaust wird zeitgleich zunehmend als zentrales Verbrechen angesehen.

Nach den öffentlichen Protestaktionen der 1980er-Jahre ist die Selbstorganisation von Sinti*innen und Rom*innen in einem Zentralrat und verschiedenen Landesverbänden für die Durchsetzung ihrer Interessen wegweisend. Ausgesprochen deutlich werden Hinweise auf NS-Verbrechensgeschichte genutzt, um soziale Unterstützungen, die Förderung des Dokumentationszentrums in Heidelberg und finanzielle Entschädigungen für das NS-Unrecht politisch einzufordern. Im März 1982 empfängt Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Delegation und erkennt den Völkermord an. Das Europaparlament spricht sich allerdings erst 2015 für den 2. August, den Jahrestag einer großen Mordaktion an Rom*innen im Vernichtungslager Birkenau, als europäischen Gedenktag an dieses Menschheitsverbrechen aus.

Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«, der größte Zusammenschluss von Personen aus dem politischen Widerstand im überwiegend linken Spektrum, wird nach Jahrzehnten, in denen sie in der Bundesrepublik als fünfte Kolonne der DDR angesehen wurden, immer seltener als verfassungsfeindlich begutachtet. In der Öffentlichkeit steigt gerade das Interesse am Umschwung von der Weimarer Demokratie zur Diktatur und an ihrem politischen Widerstand.

Das öffentliche Aufbegehren und die Gründung von Verbänden ist für Homosexuelle erst möglich, nachdem gleichgeschlechtliches Handeln für erwachsene Schwule 1969 strafrei gestellt wird. Der §175 selbst wird allerdings erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

Die Überlebenden der Zwangssterilisierungen und Angehörige von ermordeten »Euthanasie«-Opfern schließen sich in den 1980er-Jahren zu einem Bund zusammen. Zu ihrer Anerkennung tragen auch Mediziner*innen und Psychiater*innen bei, die das Handeln ihrer Berufsstände in der NS-Zeit nicht mehr als medizinisch geboten, sondern als spezifische Verbrechen des Nationalsozialismus anprangern und sich für die Opfer einsetzen. Der selbstorganisierte Arbeitskreis zur Erforschung der NS-»Euthanasie« und Zwangssterilisation unterstützt die Forderungen der Opfer seit über 40 Jahren. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom Juli 1933, das Grundlage für etwa 350.000 Zwangssterilisationen ist, wird nach zähen Bemühungen erst 2007 vom Bundestag geächtet.

Die Anerkennung der spezifischen NS-Verbrechen ist ein ständiges, hartes Ringen. Sie wird gerade den Gruppen verwehrt, die es nicht gewohnt sind, selbst für ihre Rechte einzutreten. So bleiben Einzelkämpfer*innen oftmals ungehört, da ihre Verfolgung in der NS-Zeit auch im Nachkriegsdeutschland noch lange als Makel angesehen wurde.

Von NS-Sondergerichten wurde eine fünfstellige Anzahl von Todesurteilen oder hohe Freiheitsstrafen vor allem zur Disziplinierung der Bevölkerung verhängt. Die willkürlichen Verfahren trafen ganz unterschiedliche Menschen und wirkten auch nach 1945 häufig stigmatisierend. Mit dem »Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege« werden diese Urteile im Mai 1998 aufgehoben. Eine pauschale Anerkennung der von der Wehrmachtjustiz Verurteilten als NS-Opfer erfolgte sogar erst im Oktober 2009 durch das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz im Bundestag. Die NS-Justizverbrechen werden heute in den Gedenkstätten Halle und Wolfenbüttel vermittelt. Die überarbeitete Ausstellung »Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volk« ist seit August 2024 in Halle zu besichtigen.

Für Menschen, die als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in der NS-Zeit stigmatisiert werden, erkennt der Bundestag im Februar 2020 die NS-spezifische Verfolgung an. Vor allem durch das unermüdliche Engagement von Nachgeborenen wird ihnen erst jetzt eine eigene Ausstellung gewidmet (siehe *zeichen-*Beitrag, S. 22).

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – früh für alle NS-Opfer engagiert

Die *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* hat von Beginn an ein breites Augenmerk für unterschiedliche Opfergruppen. Die im Gründungsauftrag genannten Länder Israel, Polen und die Sowjetunion haben NS-Opfer zu beklagen, die aus sehr unterschiedlichen Gründen verfolgt wurden.

Die erste Freiwilligengruppe in Nordnorwegen errichtet im Sommer 1959 ein Gebäude, das von Menschen mit Behinderungen genutzt wird. Dabei steht sowohl die Arbeit mit Menschen, die deswegen in der NS-Zeit bedroht waren, im Fokus als auch der Wiederaufbau der Region, in der deutsche Truppen bei ihrem Rückzug »verbrannte Erde« hinterließen.

ASF-Freiwillige begegnen ab den 1960er-Jahren in Israel Holocaust-Überlebenden. Weitere Freiwillige unterstützen in der KZ-Gedenkstätte Dachau 1980 den Hungerstreik von elf Sinti. In anderen Ländern arbeiten sie nachhaltig mit Menschen zusammen, die im Widerstand zum NS-Regime verfolgt wurden. Die NS-Verfolgungsgeschichte in östlichen Ländern wird durch ASF schon zu einer Zeit rezipiert, als dies in Ost- und Westdeutschland noch auf große Vorbehalte stößt. Und ASF-Studiengruppen führen intensive Gespräche mit Überlebenden zu einem Zeitpunkt, als der Begriff Zeitzeuge noch nicht etabliert ist. Die Begegnungen werden von allen Beteiligten immer wieder als besonders eindrücklich geschildert.

Nachdem ab 1968 Freiwillige in den USA tätig werden, entsteht ein Kontakt zu Menschen in sozialen Brennpunkten. Auch hier handelt es sich um Menschen am Rand der Gesellschaft, oftmals People of Color, die auch in der NS-Zeit verfolgt wurden.

Viele Sommerlager, die von *Aktion Sühnezeichen* in der DDR organisiert werden, arbeiten mit jüdischen Gemeinden in sozialistischen Staaten zusammen, als diese dort noch keine Würdigung oder gar Unterstützung erhalten.

ASF publiziert zudem schon sehr früh Literatur von Überlebenden sowie Zeichnungen, in denen sie ihre Haftzeit verarbeiten. Die Publikation »Alle NS-Opfer anerkennen und entschädigen« von Alwin Meyer, vom Autor 1987 für ASF herausgegeben, ist ein Ausdruck dieses Engagements.

ASF fördert zwischen 1983 und 1993 zudem die Vernetzung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten. Der Austausch über die neuen Forschungen macht verstärkt auf die bisher verleugneten Gruppen aufmerksam. Ein Beitrag hierzu ist die Gründung des »Bundesverbands Information und Beratung für NS-Verfolgte«, an dem das Gedenkstättenreferat der ASF Anfang der 1990er-Jahre gemeinsam mit anderen Organisationen mitwirkt.

ASF setzt sich Ende der 1980er-Jahre für die große Gruppe der zu Zwangsarbeit Verpflichteten ein, die bisher keine Chance auf Entschädigung hatten. Insbesondere Zwangsarbeiter*innen aus dem Ausland wurde damals mit dem Hinweis auf die nicht abgeschlossenen Reparationsregelungen jede Zahlung verweigert. Der Musterklage einer deutschen Zwangsarbeiterin wird eine größere Erfolgchance eingeräumt. Waltraud Blass, eine kommunistische Widerstandskämpferin, musste mehrere Monate als Häftling des KZ Ravensbrück bei den dortigen Siemens-Werken arbeiten. ASF unterstützt unter der Vorsitzenden Gertrud Gumlich ihren Prozess gegen die Firma Siemens. Gefordert werden Nachzahlungen in die Sozialversicherung, die Erstattung des vorenthaltenen Arbeitslohnes und ein Schmerzensgeld. Das Gericht lehnt die Klage in zwei Instanzen ab. Als Argument wird immer wieder angeführt, dass die Rechtsansprüche verjährt seien. Die Argumente des Rechtsanwalts von Waltraud Blass, sie hätte nicht früher klagen können, da Siemens bestreitet, Zwangsarbeiter*innen beschäftigt zu haben und nicht bereit ist, ihre Archive für die Forschung zu öffnen, finden keine Berücksichtigung.

80 Jahre danach – kein Ende der Debatte

Die komplizierte Geschichte des jahrzehntelangen Ringens um Anerkennung der NS-Verbrechen und ihrer Opfer ist für viele Überlebende bis heute mit Zurücksetzungen und Frustrationen verbunden. Der Umgang mit ihnen ist ein Spiegelbild dafür, wie die Nachkriegsgesellschaft im Laufe der Zeit gesellschaftliche Randgruppen schrittweise anerkennt oder aber bis heute diskriminiert.

Mit dem Graswurzel-Projekt des Fortunoff Archive an der Yale-Universität beginnt 1979 die systematische Aufzeichnung und Sammlung von Zeitzeugenberichten. Seither sind weltweit zehntausende Interviews geführt und ausgewertet worden. Marginalisierte Gruppen hatten von sich aus selten diese Öffentlichkeit gesucht oder wurden von den historisch Interessierten gefunden. So ist es heute ein Manko, dass über ihre Lebensgeschichten und Verfolgungserfahrungen wesentlich weniger Ego-Dokumente vorliegen und für eine Aufklärung über ihr Schicksal genutzt werden können, als dies für die besser anerkannten Opfergruppen der Fall ist.

80 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind die meisten Überlebenden verstorben. Freilich gibt es viele Angehörige, für die diese Erzählungen bedeutend sind. Eine Fragestellung in diesem Zusammenhang ist, inwieweit sich die NS-Verfolgung auf die Nachkommen der Opfer auswirkt. Sie suchen eine Stätte, um ihre Vorfahren betrauern zu können und wollen mehr über deren Lebensgeschichten erfahren. Gedenkstätten für NS-Opfer haben heute teilweise mehr Kontakt zu Nachfahren der NS-Verfolgten, als das zu Beginn ihrer Tätigkeit vor vier Jahrzehnten der Fall war.

Es ist eine gesellschaftliche Leistung, nach einer Periode von Staatsverbrechen alle unterschiedlichen Gruppen von Verfolgten anzuerkennen und sie so gut wie möglich bei der Überwindung der Schäden und Nachteile, die ihnen zugefügt wurden, zu unterstützen. Dies kann nur geschehen, wenn zugleich die Strukturen, die zu den Verbrechen geführt haben, kritisch aufgearbeitet und die dafür Verantwortlichen zu Rechenschaft gezogen werden. Das zugrunde liegende Geschichtsbild in einem Land ist zugleich Ausdruck davon, wie man aktuell mit verfolgten und diskriminierten Minderheiten umgeht.

Die seit den 1980er-Jahren eingeforderte Unterstützung für die NS-Opfer in Deutschland hat trotz aller Verspätungen und Enttäuschungen zu einem selbstkritischen Hinterfragen der Verantwortung des eigenen Staates beigetragen und zugleich eine Sensibilität für heutige Formen von gruppenbezogener Menschenfeindschaft gefördert.

Heutige Debatten offenbaren, dass die Aufklärung über die NS-Zeit mit Empathie für deren Opfer als Grundlage von Politik angesehen werden. Es lohnt sich die Errungenschaften zu verteidigen. Das Geschichtsbild hat eine große Bedeutung für staatliches Handeln sowie gesellschaftliches Miteinander. Seine Weiterentwicklung wird auch in Zukunft einen Beitrag für das weltanschauliche Fundament zum Umgang mit Anders-Denkenden und Anders-Seienden leisten.

Dr. Thomas Lutz ist Historiker und Mitglied des ASF-Kuratoriums. Er leitete bis 2023 das Gedenkstättenreferat der Topographie des Terrors, das er ab 1984 bei ASF aufgebaut hatte. Seinen Freiwilligendienst leistete er mit ASF in der Gedenkstätte Auschwitz.

1 In diesem Artikel wird der Schwerpunkt auf die Rezeption der NS-Verbrechen gegenüber Menschen, die im deutschen Reich gelebt haben, gelegt. Die komplizierte Geschichte der Reparationen und Wiedergutmachung der nochmals zahlreicheren ausländischen Opfer, kann hier leider nicht abgehandelt werden. Sie führt bis heute zu einem vielfach beschämenden Resümee.

Hermine Liska

Geboren 1930 in St. Walburgen, Kärnten –
gestorben 2024 in Lieboch, Steiermark/Österreich

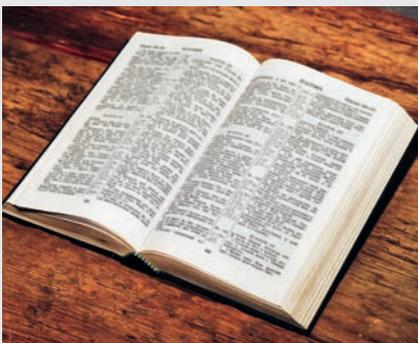
Hermine Liska wurde als fünftes Kind auf einem Bauernhof geboren. Sie erinnert sich an eine glückliche Kindheit mit Hausmusik und Barfußlaufen bis in den Herbst hinein. Der Vater war nach dem Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft mit Bibelforschern in Kontakt gekommen und trat später aus der Kirche aus. Die Mitglieder ihrer Familie waren die einzigen Zeugen Jehovas im Görtschitztal.

Als die Nationalsozialisten 1938 in Österreich an die Macht kamen, bereiteten die Eltern ihre Kinder darauf vor, aller Indoktrinierung zu widerstehen. So musste Hermine's ältester Bruder als Kriegsdienstverweigerer in KZ-Haft. Auch sie weigerte sich in der Schule hartnäckig, mit »Heil Hitler« zu grüßen. Den Eltern wurde das Sorgerecht entzogen und die Kinder in Erziehungsheimen untergebracht. Dort wurde weiter Druck ausgeübt. Hermine durfte nicht auf eine weiterführende Schule und musste ein »Pflichtjahr« ableisten. Der elterliche Hof war ein Treffpunkt und Versteck für die Zeugen Jehovas, es kam mehrfach zu Hausdurchsuchungen.

Zu Kriegsende konnte Hermine Liska nach Hause zurückkehren. Sie heiratete und bekam drei Kinder. Ab 1998 setzte sie sich als Zeitzeugin landesweit für die Erinnerung ein.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zweitzeugen.de



Ein Bild zum Weiterleben

Hermine Liska hat während der Zeit des Nationalsozialismus und darüber hinaus Kraft gefunden im Lesen der Bibel. Ihre Familie, die sich zu den Bibelforschern zählte, hat ihr zudem – auch während der Trennungsphasen – die Stärke gegeben, sich der nationalsozialistischen Indoktrinierung zu widersetzen.

»**Alle** haben die **rechte Hand**
g'hoben, nur ich nicht.«



Hermine Liska in ihrem Seniorenheim in Graz.

NS-Verfolgung der Zeugen Jehovas

Die Zeugen Jehovas wurden neben anderen freikirchlichen Gruppen schon früh im Nationalsozialismus verfolgt. Sie verweigerten die staatliche Loyalität, eine Wahlbeteiligung und den Wehrdienst. Die starke Glaubensüberzeugung und ein fester Gruppenzusammenhalt bestärkten sie in einer ganz eigenen Art der Widerständigkeit. Rund 2.000 Menschen wurden als »Bibelforscher« mit dem lila Winkel im KZ inhaftiert.

Zu anderen Widerstands- und Häftlingsgruppen suchten sie selten Kontakt. Lange Zeit wurde öffentlich kaum an diese Verfolgtengruppe erinnert. 2023 beschloss der Deutsche Bundestag einen Gedenkort im Berliner Tiergarten zu errichten.



**ZWEIT
ZEUGEN
e.V.**

Lebenswege zwischen
**Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung**

Text und Bilder kuratiert von Zweitzeugen e. V.

Kontinuitäten der Ausgrenzung

»Vergessene« Opfer des Nationalsozialismus in der »Wiedergutmachung«

Jost Rebentisch

Die »Wiedergutmachung« nationalsozialistischen Unrechts wird in Deutschland gerne als Erfolgsgeschichte dargestellt. Sie ist es nicht und konnte es nicht sein. Sie ist ein Spiegel verdrängter Schuld, mangelnder Aufarbeitung, fehlender Empathie und Kontinuitäten der Ausgrenzung.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde das ehemalige Deutsche Reich in vier Besatzungszonen aufgeteilt. In den Zonen traf man schnell und unter führender Beteiligung von NS-Verfolgten Regelungen zur Hilfe für die Überlebenden: Wohnung, Kleidung, Nahrung wurden oft rasch und unbürokratisch bereitgestellt, erste Wiedergutmachungsvorschriften von den Besatzungsmächten erlassen und umgesetzt.

Wer waren diese Überlebenden? Ganz unterschiedliche Menschen. Die Nazidiktatur hat ihre Wurzel in dem, was heute als »Othering« bezeichnet wird – in der Konstruktion eines homogenen »Volkskörpers« und der Ausgrenzung aller nicht als zugehörig betrachteter Menschen. All diese »Anderen« wurden ausgegrenzt und verfolgt.

Das Othering im NS traf viele Menschen – auch nach 1945

Die Gründe der Ausgrenzung waren vielfältig: Der Wahn von der Überlegenheit der »arischen« Rasse führte zur Verfolgung, Beraubung und Ermordung von

Jüdinnen*Juden und Sinti*zze und Rom*nja. Der Rassenwahn ist auch Wurzel der NS-Zwangs- und Sklavenarbeit. Millionen slawischer Menschen wurden als »rassisch minderwertig« betrachtet, deportiert und unter furchtbaren Lebensbedingungen ausgebeutet. Auch die besonders brutale Behandlung der gefangenen Soldat*innen der Roten Armee, die Millionen das Leben kostete, hat ihre Hauptursache im Rassenwahn der Nazis.

In dem Selbstverständnis einer rein zu erhaltenden »arischen Rasse« wurden Menschen mit Behinderungen ebenso ausgegrenzt, zwangssterilisiert und ermordet wie Schwarze Menschen. Mit dem Schlagwort »asozial« stigmatisierten die Nazis Arme, Nichtsesshafte, Arbeitslose und andere Menschen »am Rande der Gesellschaft«. Auch sie wurden zwangssterilisiert, in Lager gesperrt, ermordet.

Der Hass der Nazis auf demokratische und liberale Strukturen führte zur politischen Verfolgung von Kommunist*innen und Sozialdemokrat*innen, aber auch von Gewerkschafter*innen und Liberalen.

Menschen, die aus religiöser Überzeugung mit der Nazidiktatur aneinandergerieten – und christliche Werte stehen der Nazi-Ideologie diametral entgegen – wurden erbarmungslos verfolgt.

Homosexualität, die unter Männern schon im Kaiserreich strafbar gewesen ist und es auch über das Ende der Nazi-

zeit hinaus bleiben sollte, war ein weiterer Grund für die Verfolgung. Tausende homosexuelle Männer wurden zwangssterilisiert und in Konzentrationslagern inhaftiert.

In Schutzhaft konnten alle genommen werden, die den Nazis negativ auffielen. Es bedurfte keines Gerichtsverfahrens. Eine unabhängige Justiz existierte nicht mehr. Ein »Einweisungsbefehl« der Kriminalpolizei oder Gestapo genügte, um sie in den Konzentrationslagern verschwinden zu lassen.

Der Zweite Weltkrieg brachte weitere Repression: Die Militärjustiz verfolgte gnadenlos alle, die sich an den Vernichtungskriegen der Nazis nicht beteiligen wollten. In den besetzten Gebieten kam es zu Massakern an der Zivilbevölkerung und weiteren Kriegsverbrechen – etwa der Blockade von Leningrad.

Das Bundesentschädigungsgesetz (BEG), das der Deutsche Bundestag 1956 beschloss, reflektierte diese Breite der Verfolgung nicht. Es engte den Verfolgtenbegriff bewusst auf politisch Verfolgte im engeren Sinne und Jüdinnen*Juden ein. Entschädigungsanträge stellen konnte somit nur ein kleiner Bruchteil der ursprünglich verfolgten Menschen. Und selbst denjenigen, die »antragsberechtigt« waren, wurde es nicht leicht gemacht. Für die meisten begann mit der Antragstellung ein Spießrutenlaufen durch Behörden und Gerichte.

Eben dort saßen größtenteils dieselben Menschen, die vor 1945 den Nazis treu gedient hatten – die Adenauer-Regierung hatte spätestens 1953 mit dem so genannten »131er-Gesetz« dafür gesorgt, dass ein Großteil der Beschäftigten in Justiz und Verwaltung, die 1945 aus dem Dienst entfernt worden waren, wieder eingestellt wurden. Kaum ein Antrag ist ohne Schwierigkeiten bewilligt worden. Die Regel waren Prozesse und Vergleiche. Sie raubte den meist körperlich noch immer versehrten Opfern Zeit und dringend benötigte Ressourcen. Die Ungewissheit und das Misstrauen in den bürokratischen Verfahren wirkten oft retraumatisierend, erinnerten sie doch allzu sehr an die Drangsalierung und Verfolgung durch deutsche Behörden vor 1945.

Zu spät, zu wenig und Behörden, die mauern

Sinti*zze und Rom*nja wurde unterstellt, dass ihre Verfolgung lediglich eine »übliche polizeiliche Präventivmaßnahme« war, wie der Bundesgerichtshof im Januar 1956 feststellte. Eine »rassistische Verfolgung« erkannte das Gericht erst ab Anfang 1943 an. Damals hatte Himmler erlassen, »Zigeuner« nach Auschwitz zu deportieren oder unfruchtbar zu machen. Erst 1963 entschied das Gericht, dass diese Verfolgung schon vor 1943 rassistische Gründe gehabt haben könne. Jedoch stellte der Gerichtshof die rassistischen Gründe weiterhin neben die akzeptierten vermeintlich polizeilichen Erwägungen. Kontinuitäten der Ausgrenzung sind hier überdeutlich sichtbar.

Für verfolgte Kommunist*innen war die Antragstellung in der antikommunistisch aufgeheizten Nachkriegszeit mit Risiken verbunden. Nur sechs Wochen nach dem Erlass des BEG wurde die KPD verboten. Tausende ihrer Anhänger wurden strafrechtlich verfolgt. Sich unter diesen Umständen zum kommunistischen Widerstand zu bekennen war riskant.

Den Wunsch nach Berücksichtigung weiterer Verfolgengruppen – erhoben von Einzelpersonen und wenigen Organisationen mit geringen Mitteln – lehnten verschiedene Bundesregierungen unter Verweis auf die angespannte wirtschaftliche Lage ab. Bundeskanzler Helmut Schmidt sah 1974 keine Möglichkeit, »weitere Belastungen auf den Steuerzahler zu wälzen«. Das Bundesinnenministerium urteilte 1976 lapidar, »dass weitere Maßnahmen zur Entschädigung von NS-Opfern nicht erforderlich« seien.

Mit dem Wachsen lokaler Erinnerungsinitiativen an Opfer wie Täter*innen von unten sowie dem parlamentarischen Einzug der GRÜNEN in den Bundestag 1983 begann eine langsame Verschiebung der Wahrnehmung – vor allem nach der Bundestagswahl 1987.

1988 wurden Härterichtlinien zum »Allgemeinen Kriegsfolgengesetz« aus dem Jahr 1957 (AKG) erlassen: Hier findet sich eine Formulierung, die den Kreis der Berechtigten etwas weiter fasst. Einbezogen sind alle »durch NS-Unrecht geschädigte Personen, die wegen ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung oder wegen ihres gesellschaftlichen oder persönlichen Verhaltens vom NS-Regime als Einzelne oder als Angehörige von Gruppen angefeindet wurden und denen deswegen Unrecht zugefügt wurde. Hierzu zählen u. a. »Euthanasie«-Opfer, Zwangssterilisierte und Homosexuelle.« Allerdings blieb auch diese Regelung beschränkt auf deutsche Staatsbürger*innen mit dauerndem Wohnsitz in Deutschland – Millionen von NS-Opfern blieben somit ohne Entschädigung, viele lebten auch aufgrund der Spätfolgen ihrer Leiden am Existenzminimum.

Auf Klagen überlebender, bislang unentschädigter NS-Zwangs- und Sklavenarbeiter*innen gegen deutsche Großkonzerne in den USA folgte im Jahr 2000 die Gründung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Sie zahlte,

zur Hälfte von der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Staat finanziert, an mehr als 1,7 Millionen Menschen weltweit etwa 4,37 Milliarden Euro aus. Weit mehr als zehn Millionen Opfer waren allerdings unterdessen verstorben. Und hundertausende noch lebende Italienische Militärinternierte gingen weiterhin leer aus. Auch die sowjetischen Kriegsgefangenen wurden nicht entschädigt. Letztere konnten später eine »Anerkennungsleistung« beantragen. Da lebten von den 1,8 Millionen Überlebenden (3,3 Millionen waren umgekommen) nur noch wenige tausend.

Bis 2020 sollte es dauern, dass der Bundestag als sogenannte »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgte als NS-Opfer anerkannte. Alle Fraktionen außer der AfD stimmten dem zu. Nun wird eine Ausstellung erarbeitet, Forschungsarbeiten werden finanziert und KZ-Gedenkstätten und Dokumentationszentren unterstützt. Als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgte sind als Leistungsempfänger*innen in die Härterichtlinien zum AKG aufgenommen worden. Leider lebt niemand mehr, der diese Leistung in Anspruch nehmen kann.

Die »Wiedergutmachung« in Deutschland war keine Erfolgsgeschichte. Zumindest bis in die 1980er-Jahre war sie von Verdrängung, Schuldabwehr, mangelnder Empathie und Kontinuitäten in der Ausgrenzung geprägt. Fakt ist aber, dass es den Versuch der »Wiedergutmachung« nach 1945 gegeben hat. Er kann nicht als Blaupause für andere Formen der »Wiedergutmachung« von Staats- und Menschheitsverbrechen dienen – aber man kann aus Defiziten Lehren ziehen.

Dr. Jost Rebentisch ist Geschäftsführer des Bundesverbands Information & Beratung für NS-Verfolgte in Köln.

Geschlechtsnonkonformismus in der Häftlingsgesellschaft des KZ Ravensbrück

Insa Eschebach über Geschichte und Gedenken der Häftlinge, die als männliche Frauen und Lesben stigmatisiert wurden

Anika Bremell (1918–2008), Niederländerin und Häftling im Frauen-KZ Ravensbrück, schildert ihre Erinnerung an die Befreiung des Lagers im April 1945: An jenem Tag, an dem sie zum letzten Mal Appell stehen musste, öffnete sich plötzlich das Lagertor und »wunderschöne junge Männer« kamen herein, gekleidet in Uniformen des Schwedischen Roten Kreuzes. Es handelte sich um die Busfahrer, die die Frauen nach Skandinavien evakuieren würden. Anika Bremell, wie viele ihrer Mithäftlinge mehrfach kahlgeschoren, beschrieb, wie in diesem Augenblick ihre Hand spontan »nach oben ging«, um zu kontrollieren, ob ihre Haare säßen. Und als sie diese Geste selbst bemerkte, habe sie gedacht, sie sei eben doch immer noch eine Frau, der es wichtig sei, wie sie auf diese Männer wirke.

Der Akt des Haare-Schneidens und Rasierens bei der Ankunft im Lager ist fester Bestandteil vieler Erinnerungsberichte von Überlebenden. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung bestand das Spezifische der Lagererfahrung von Frauen darin, dass ihnen die Weiblichkeit genommen wurde. De facto spielten weibliche Attribute wie überhaupt die tradierte Geschlechterordnung in der Häftlingsgesellschaft eine überaus große Rolle. Die Sammlung der Gedenkstätte umfasst zahlreiche Artefakte wie Halsketten, Gürtel, Käämme und Broschen, mit denen die Frauen versuchten, ihr Aussehen zu verschönern oder auch mithilfe von Applikationen die Häftlingsuniform zu feminisieren.

Die Häftlinge blieben »in ihrer Ratlosigkeit angesichts des völlig Unerwarteten, das ihnen dort widerfuhr (...) immer noch von ihren bisherigen gesellschaftlichen Erfahrungen geprägt«, so die Soziologin Maja Suderland: Bei Konzentrationslagern handelte es sich nicht um »das Andere« der Gesellschaft, auch wenn dort die aus der deutschen Volksgemeinschaft Ausgestoßenen und Unerwünschten versammelt waren. Vielmehr, so Suderland, haben in diesen Lagern grundlegende gesellschaftliche Prinzipien ihre Wirkung entfaltet: Geschlecht, Klasse und Ethnizität waren von tragender Bedeutung für die Inhaftierten. Das betraf nun nicht nur die Unterscheidung von

Männern und Frauen, sondern auch die Frage, inwiefern Mithäftlinge gängigen Geschlechternormen entsprachen oder nicht.

Rollenverstöße und »liederlicher Lebenswandel«

Geschlechtsnonkonformismus in jeder Form galt dem NS-Regime als verfolgungswürdig und dies gilt ebenso für die nationalsozialistische Lagerwelt: Rollenverstöße, »liederlicher Lebenswandel« wurden nicht nur von der SS, sondern auch von den Häftlingen untereinander sanktioniert. Unter den Extrembedingungen der Konzentrationslager, das heißt auch, unter den Bedingungen einer erzwungenen Uniformierung, scheint der Wunsch nach Distinktion, nach dem Ausweis eigener geschlechtskonformer Weiblichkeit, eigener Intaktheit vielen Häftlingen besonders wichtig gewesen zu sein.

Hinzu kommt, dass unter dem Druck des Lagerlebens viele Häftlinge scharfe Trennungslinien ziehen wollten zwischen der eigenen Gruppe und dem verachtungswürdigen und deshalb auszuschließenden »Anderen« – eine Strategie, die stets auch der Betonung eigener moralischer Überlegenheit diene. Dieses »Andere« waren in der Regel andere Häftlingsgruppen wie die als »Zigeuner« verfolgte Frauen beziehungsweise die sogenannten »Asozialen«, die auch seitens der SS mit einem entsprechenden Winkel markiert waren. Das »Andere« wurde in Ravensbrück aber auch durch Figuren wie die der Lesbierin und des Mannweibes repräsentiert – aktuelle Begriffe wie bisexuell, trans*, inter-geschlechtlich, non-binär oder genderfluid gab es bekanntlich damals noch nicht. Geschlechtsnonkonformismus verdichtete sich seinerzeit in der homophoben Stigmatisierung der männlichen Frau beziehungsweise Lesbierin.

Im Folgenden geht es in erster Linie um die Diskurse über geschlechtsnonkonforme Frauen, denn Erinnerungsberichte von den Betroffenen selbst sind so gut wie nicht vorhanden.

Da gibt es zum einen die Akten der Gesundheitsämter, der Ermittlungsbehörden und Gestapo, die in einigen Fällen erhalten sind. Da sind zum anderen Dokumente der SS wie die in der Gedenkstätte Ravensbrück erhaltenen Zuganglisten, die gelegentlich mit dem zusätzlichen Vermerk »lesbisch« versehen wurden. Und da ist die Ravensbrücker Lagerordnung, die lesbische Kontakte – wie auch das »Nicht-Melden« derselben – unter Strafe stellte: »Bestraft wird, wer sich in lespischer Absicht anderen Häftlingen nähert...«. Deutlich wird: Das Wort lesbisch war in Ravensbrück, wenn auch falsch geschrieben, durchaus diskursfähig. Nicht zuletzt gibt es zahlreiche Erinnerungsberichte ehemaliger Ravensbrücker Häftlinge, die sich über die lesbischen Mithäftlinge geäußert haben.

»Megären«, »Mannweiber« und »Scheusale«

Was nun sagen die Erinnerungsberichte der Ravensbrücker Überlebenden? Das Thema weiblicher Homosexualität wird von den ehemaligen Mithäftlingen vor allem deshalb angesprochen, um das Profil der eigenen heteronormativen Gruppenidentität als Positivum hervorzuheben.

Ein Beispiel ist Wanda Poltawska (1921–2023), die gleich nach ihrer Rückkehr nach Polen über ihre Hafterfahrungen schrieb: »Die lesbische Liebe verbreitete sich wie eine Epidemie. [...] Es war wie eine Seuche, wie ein Brand, wie eine Leidenschaft.« In der Tat wird weibliche Homosexualität immer wieder als Epidemie, als Krankheitsbefall definiert. Zweitens heißt es, in der Abwesenheit der Männer läge der Hauptgrund für die Hinwendung zur Frau. Ein drittes Argument hebt die Verworfenheit, das Lasterhafte weiblicher Homosexualität hervor wie beispielsweise Isa Vermehren (1918–2009) in ihren Erinnerungen schildert: Der Strafblock, schreibt sie, war »die Brutstätte jener wirklich lesbischen Liebe mit allen abstoßenden Erscheinungen ihrer verzerrenden Wirkung. Die jüngeren Insassinnen des Strafblocks waren zum größeren Teil diesem Laster verfallen«.

Ein wiederkehrendes Stereotyp in den Erinnerungsberichten Überlebender des KZ Ravensbrück ist das Mannweib: »Ich wusste wirklich nicht, ob diese Person wirklich eine Frau sein sollte«, notiert beispielsweise Ilse Hunger (1910–1989) über eine Häftlingsfrau namens »Leo«. Und Wanda Poltawska: »Es gab immer mehr von diesen männlichen Frauen mit steifen Krägelchen, rasiert, mit hohen Schuhen und tiefen Stimmen [...]. Diese »Männer« standen vor den Blöcken (und) taxierten die vorübergehenden Frauen.«

Stigmatisierung bedeutet, so der Soziologe Zygmunt Bauman, dass die öffentliche Aufmerksamkeit irgendein sonst unauffälliges und unbedeutendes Merkmal einer Gruppe nun als »sichtbares Zeichen eines verborgenen Fehlers« interpretiert oder auch als »ein Zeichen des Unglücks«, das eine dauerhafte Ausgrenzung rechtfertigen soll. Die Betonung der Differenz artikuliert sich unter anderem in der vermeintlichen Verbindung von weiblicher Homosexualität, Devianz und Asozialität. Immer wieder ist in den Berichten davon die Rede, dass lesbisches Verhalten ausschließlich unter den Schwarzwinkligen, den so genannten Asozialen beziehungsweise den Frauen, die als so genannte Kriminelle einen grünen Winkel trugen, verbreitet war. Symptomatisch ist die folgende Äußerung von Margarete Buber-Neumann (1901–1989): »Leidenschaftliche Freundschaften waren unter den Politischen genauso häufig wie unter den Asozialen und den Kriminellen. Nur unterschieden sich die Liebesbeziehungen der Politischen von denen der Asozialen oder der Kriminellen meistens dadurch, dass die einen platonisch blieben, während die anderen ganz offen lesbischen Charakter hatten.«

Weibliche Homosexualität wird in den Erinnerungsberichten als Epidemie beschrieben und als Kompensation des lagerbedingten Männermangels. Darüber hinaus hat es offenbar auch eine Art Nahrungsmittelprostitution gegeben, wie es in einer französischen Quelle heißt: »Wenn sich der Julot [französisch umgangssprachlich für Zuhälter*in], an den sich die Gefangene heran machte, in der Küche arbeitete oder Pakete

erhielt.« »Diese Form des Verfalls«, so heißt es in dem Bericht weiter, »betraf uns« – also die französische Gruppe – »kaum, gab uns aber Anlass zu vielen Witzen und Liedern.«

Eine kuriose Variante dieses Distinktionsbedürfnisses ist die Stigmatisierung weiblicher Homosexualität als nationales Phänomen: Karolina Lanckorońska (1898–2002), polnische Aristokratin, schreibt in ihren Erinnerungen an Ravensbrück, das Lesbischsein sei »unter den deutschen Frauen im Lager« weit verbreitet gewesen, ähnlich wie die Niederländerin Anne Berendsen (1911–2005), der zufolge sogar alle deutschen Häftlinge lesbisch gewesen seien. So spricht auch Wanda Poltawska, mit einem nochmals antiziganistisch aufgeladenen Subtext, »über die meist deutsch-zigeunerischen ›Paare««. Auch religiöse Vorbehalte spielten dabei eine Rolle: Aus polnisch-katholischer Perspektive wurden diese Frauen gar als »der Antichrist aus der Hölle« verteufelt.

Die Historikerin Joanna Ostrowska, die Erinnerungen polnischer Frauen an Auschwitz untersucht hat, kommt ihrerseits zu dem Schluss, dass in polnischer Perspektive weibliche Homosexualität eine »deutsche Krankheit« war: Wenn polnische Überlebende »die lesbischen Frauen überhaupt erwähnen, dann geht es um Deutsche, die andere Frauen verführten, ausnutzten, verfolgten und sie zur ›homosexuellen Liebe« zwangen.« Aber auch im Bericht einer ehemaligen französischen Deportierten heißt es: »Homosexualität, die unter den deutschen Strafgefangenen und sogar unter den Politischen einiger Nationalitäten verbreitet war, kam unter den Französinen äußerst selten vor.«

Häftlinge haben mithilfe homophober Konstruktionen soziale Unterschiede markiert, um ihre Gruppenidentität zu stärken und moralische Überlegenheit zu demonstrieren. Man kann sich vorstellen, dass die Lebensbedingungen geschlechtsnonkonformer Frauen, die ihre Beziehungen zueinander nicht als diskrete Partnerschaft zu kaschieren wussten, alles andere als einfach waren.

Ilse Totzke, Mary Pünjer und andere

Wer waren nun die Frauen, die als Mannweiber oder auch als vermeintliche »Männerhasserinnen« Spuren in den Akten und Berichten hinterlassen haben?

Da ist beispielsweise Ilse Totzke (siehe Portrait Seite 16), die aus verschiedenen Gründen in das Visier der Gestapo geriet, nicht zuletzt, weil sie als »nicht normal veranlagt« und als »Männerhasserin« denunziert wurde. Wenn auch weibliche Homosexualität für sich gesehen kein Verfolgungsgrund war, spielte sie im Zusammenwirken mit weiteren Verdachtsmomenten durchaus eine Rolle. Die Überschreitung gängiger

Geschlechternormen wie Androgynität, weibliche Maskulinität, Crossdressing und Transvestitismus wurden als unkonventioneller Geschlechtsausdruck wahrgenommen und verfolgt, so die Historikerin Laurie Marhoefer: Die Betroffenen wurden aus diesem Grund belästigt, terrorisiert und der Gewalt des Staates, der Parteifunktionäre und feindseliger Nachbarn ausgesetzt. Geschlechtsnonkonformismus, so Marhoefers Resümee, konnte die Aufmerksamkeit des NS-Regimes auf Frauen lenken, auch wenn es nicht die Homosexualität als solche war, die zur Verhaftung führte, sondern rassistische oder kriminalistische Haftgründe.

Ein anderes Beispiel ist die in Hamburg geborenen Mary Pünjer (1904–1942), der sowohl ihre jüdische Herkunft als auch ihre offenbar lesbische Lebensweise zum Verhängnis wurde. Rassismus und Homophobie gehen in dem Urteil des KZ-Arzt Dr. Friedrich Mennecke zusammen, der sie 1942 in Ravensbrück begutachtete, selektierte und mit folgendem Wortlaut beschrieb: »verheiratete Volljüdin. Sehr aktive (»kessse«) Lesbierin. Suchte fortgesetzt ›lesbische Lokale‹ auf u. tauschte im Lokal Zärtlichkeiten aus.« Die damals 38-jährige Mary Pünjer wurde aufgrund dieser Beurteilung in die sogenannte Heil- und Pflegeanstalt Bernburg überstellt und dort mit Giftgas ermordet.

Für männliche wie für weibliche homosexuelle Menschen war die Gefahr einer Verfolgung größer, wenn sie der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht angehörten. Bürgerliche Frauen und Männer konnten in der Regel relativ unbehelligt leben, wenn sie eine diskrete Partnerschaft eingingen oder bereit waren, ihr Sexualeben zu unterdrücken. Wenn man sich die Haftgründe derjenigen Frauen näher anschaut, die – in den Akten, in Vermerken oder auch von Mithäftlingen – als Lesben bezeichnet wurden, fällt auf, dass diesen Frauen häufig auch Prostitution unterstellt wurde. Zum Beispiel Anna Eismann (1903–1942), die offenbar tatsächlich ihren Lebensunterhalt als Prostituierte verdienen musste und »in einem lesbischen Verhältnis« mit der Arbeiterin Anna Diebenkorn lebte: Verhaftet wurde sie wegen Diebstahls und weil sie gegen die Kontrollauflagen gegenüber Prostituierten verstoßen hatte. Im Jahr 1939 überstellte man sie mit dem Haftgrund »asozial« nach Ravensbrück und anschließend nach Auschwitz, wo sie 1942 ums Leben gekommen ist.

Ein weiteres Beispiel ist die damals arbeitslose Hilde Patow (1914–1962). In ihren Akten heißt es, sie habe »offenbar in lesbischen und Prostituiertenkreisen ein unstabiles Zigeunerdasein geführt«. Patow wurde im Sommer 1939 in das Hamburger Gefängnis Fuhlsbüttel überführt, ihre weiteren Haftstationen sind unbekannt. In dieser Charakterisierung Hilde Patows treffen gleich drei Stigmatisierungsstrategien intersektional aufeinander: Lesbe, Prostituierte und »Zigeunerin« zugleich.

Im Kontrast zu den hier Genannten – Hilde Patow, Anna Eismann, Ilse Totzke und Mary Pünjer – sei abschließend noch die österreichische Sozialdemokratin Rosa Jochmann (1901–1994) erwähnt: Sie wurde 1940 nach Ravensbrück deportiert. Dort begegnete sie der deutschen Kommunistin Cilly Helten (1908–1974) und ging mit ihr eine Lebensgemeinschaft ein, die bis zu deren Tod 1974 währte. Ein Ring dieser beiden Frauen ist in der Hauptausstellung der Gedenkstätte Ravensbrück zu sehen.

Kontinuitäten in der Nachkriegszeit

Eine kleine Geschichte, Rosa Jochmann betreffend, verdeutlicht die extrem negative Bedeutung, die auch nach 1945 mit weiblicher Homosexualität verknüpft war: Schon in Ravensbrück war Jochmann der Mitgefangenen Aloisia Lambrecht, NSDAP-Mitglied und Stenotypistin in der Politischen Abteilung des Lagers, in ausgeprägter Abneigung und Feindschaft verbunden. Von politischen Häftlingen Ravensbrücks wurde Lambrecht verdächtigt, für die Gestapo als Lagerspitzel zu arbeiten.

Dieser Konflikt spitzte sich nach 1945 zu, als es das Ravensbrück-Komitee in Einvernehmen mit Jochmann zu verhindern suchte, dass Aloisia Lambrecht Entschädigungszahlungen für die erlittene Haft erhielt. Lambrecht rächte sich an Jochmann öffentlich mithilfe sexueller Denunziation: Jochmann sei »als Mutti« und ihre lesbische Freundin als »Vati« im Lager bekannt gewesen. Die politischen Häftlinge bezeichnete sie als eine »lesbische Clique«. Jochmann, inzwischen stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten in Österreich, konnte sie dadurch, so die Historikerin Veronika Duma, nicht schaden. Ihre diskrete Partnerschaft mit Cilly Helten im Lager wurde ihr nicht zum Verhängnis.

Lange Zeit war es nicht möglich, lesbischer Frauen in der Gedenkstätte Ravensbrück öffentlich zu gedenken. Erste Versuche einer Gruppe von Frauen der Gethsemane-Gemeinde in Ost-Berlin in den 1980er-Jahren wurden von der Staatssicherheit verhindert: Neue Gebinde wurden über ihre Kränze gelegt und ihre Widmungen aus dem Besucherbuch der Gedenkstätte entfernt. Als die Gruppe an der Befreiungsfeier 1985 teilnehmen wollte, kam es zu Verhaftungen.

Erst im Jahr 2015 gab es eine neue Initiative: Eine aktivistische Gruppe aus Österreich und Deutschland schuf eine »Gedenkkugel«, die an die lesbischen Frauen und Mädchen des KZ Ravensbrück erinnern sollte. Gleichwohl dauerte es sieben weitere Jahre, bis die Gedenkkugel von den Gremien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, die über Anträge auf Gedenkzeichen befinden, 2022 akzeptiert wurde. Die Einwände bezogen sich unter anderem auf die Sorge, Besucher*

innen der Gedenkstätte könnten aus der Existenz des Gedenkzeichens auf eine Verfolgungsgeschichte von lesbischen Frauen schließen, obgleich weibliche Homosexualität kein Haftgrund war.

Nun sind die nationalsozialistischen Verfolgungskategorien in nur wenigen Fällen identisch mit den Gruppen, die in Ravensbrück durch Gedenkzeichen geehrt werden: Französinnen, Polinnen, Niederländerinnen, Kinder und andere mehr sind nicht aufgrund ihrer nationalen oder generationellen Zugehörigkeit verfolgt worden und dennoch sind ihnen in Ravensbrück Gedenktafeln gewidmet. Es ist also durchaus üblich, Häftlingsgruppen unabhängig von den jeweiligen Verfolgungsgründen zu ehren, sodass sich die Frage stellt, warum nun gerade im Fall lesbischer Häftlinge der Verfolgungsnachweis erbracht werden sollte. Letztlich war wohl doch die (unausgesprochene) Annahme vorherrschend, nach der es sich bei den lesbischen Häftlingen um »unwürdige Opfer« handele. Ein wissenschaftliches Gutachten überzeugte schließlich die Stiftungsgremien, sodass die Gedenkkugel im Jahr 2022 ihren festen Platz in der Gedenkstätte Ravensbrück finden konnte.

Offenes Ende

Im Frühjahr 2024 brachten Unbekannte Aufkleber im Umfeld der Gedenkstätte Ravensbrück an, auf denen drei Worte zu lesen waren: »national, hetero, weiß«. Im Sommer des Jahres bezog eine Gruppe schwarz gekleideter Männer mit dem Schriftzug »Heimat« auf ihren T-Shirts Position aus Anlass einer Christopher-Street-Kundgebung in Oranienburg. Sie trugen ein Transparent mit folgendem Satz: »Es gibt nur zwei Geschlechter«.

Der aktuelle Rechtsextremismus reproduziert hetero-patriarchale Muster und betrachtet die faktische Diversität der Gesellschaft als ein Grundübel. Identitätsmarker wie national, weiß und hetero erweisen sich in dieser Kombination als Ausdruck einer infantilen Regression mit dem Ziel der Wiederherstellung eines homogenisierten Volkskörpers. Heteronormativität gerät zu einem Kampfbegriff, um emanzipatorische Politik, die auf Akzeptanz gesellschaftlich geächteter Gruppen gerichtet ist, zu verhindern. Dabei hat die Geschichte gezeigt, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt unmittelbar verknüpft ist mit anderen Formen der Diskriminierung wie Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

Dr. Insa Eschebach ist Gastwissenschaftlerin am Religionswissenschaftlichen Institut der Freien Universität Berlin. Von 2005 bis 2020 leitete sie die Gedenkstätte Ravensbrück.

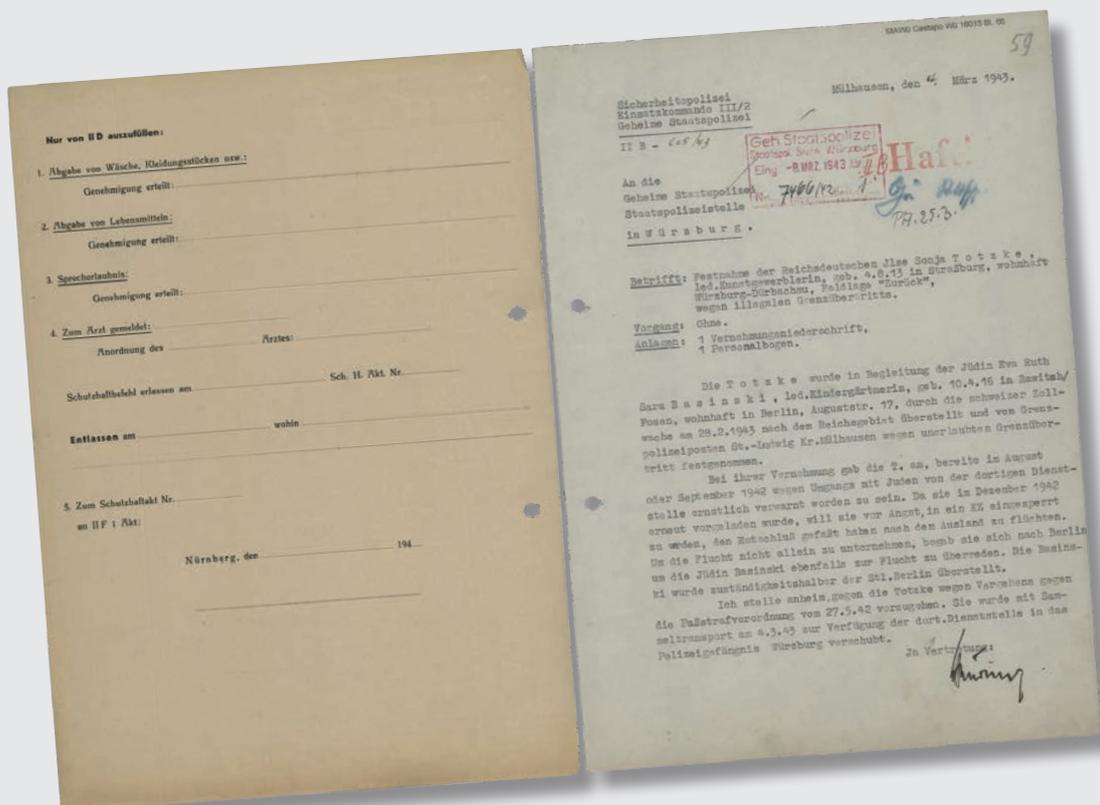
Ilse Totzke

Geboren 1913 in Straßburg – gestorben 1987 in Haguenau/Elsass

Ilse Totzke wird in eine Künstlerfamilie geboren. Sie wächst in einem Internat auf und studiert in Würzburg Musik. Hier knüpft sie viele Freundschaften, auch zu Jüdinnen*Juden. Anfang der 1930er-Jahre trägt Ilse Anzug und Krawatte, dazu eine Kurzhaarfrisur. Wie sich Ilse selbst identifiziert hat, ist nicht bekannt. Der einzige Ausdruck ihres Selbst wird in der Wahl ihrer äußeren Erscheinung sichtbar, die auf zwei Fotos erhalten geblieben ist. Dank einer Erbschaft kann sie unabhängig und allein leben. Sie wird deswegen von ihrer Nachbarschaft genau beobachtet und bei der Gestapo denunziert, denn sie lebt und sieht so ganz anders aus als das Idealbild einer »Deutschen Frau«. Hier zeigt sich, wie es Menschen, die sich während der NS-Herrschaft geschlechtlich nicht konform verhielten, ergangen ist.



Oben: Ilse Totzke auf einem Erkennungsfoto der Gestapo, undatiert.



Unten: Mitteilung zur Verhaftung wegen »illegalen Grenzübertritts« an die Gestapo.

Lebenswege zwischen
Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung





Eine Gedenkkugel erinnert in der Gedenkstätte an die lesbischen Opfer des KZ Ravensbrück bei Fürstenberg nördlich von Berlin.

Nach einer kritischen Äußerung wird Ilse vom Konservatorium verwiesen. Die Gestapo verdächtigt sie fälschlicherweise eine Beziehung zu einer minderjährigen Jüdin zu haben und droht ihr mit Haft. Ilse lässt sich nicht einschüchtern und hilft zwei jüdischen Freundinnen bei der Flucht in die Schweiz. Bei einem weiteren Rettungsversuch wird sie 1943 an der Grenze verhaftet und ins KZ Ravensbrück deportiert. Dort muss sie schwere Zwangsarbeit in der Forstwirtschaft leisten und wird 1945 befreit.

Sie kehrt nach Würzburg zurück und strengt ein Entschädigungsverfahren an. Obwohl sie zahlreiche Dokumente beschaffen kann, werden ihr dabei viele Steine in den Weg gelegt. Sie erhält am Ende 8.750 DM für die Freiheitsberaubung und die erlittenen Haftschäden. Bis zu ihrem Lebensende lebt sie zurückgezogen im Elsass.

NS-Verfolgung homosexueller Frauen

Das NS-Regime verfolgte homosexuelle Männer und Frauen unterschiedlich: Nur homosexuelle Handlungen unter Männern waren explizit strafbar, dennoch traf auch die Frauen Ausgrenzung und staatliche Repression. Lokale, in denen sich lesbische Frauen trafen, wurden ab 1933 geschlossen, entsprechende Zeitschriften verboten. Das ideale Frauenbild war das einer treusorgenden, aufopferungsvollen Mutter. Wer davon abwich, konnte denunziert und dann auch strafrechtlich verfolgt werden, wie unter dem Delikt der »Unzucht«. Es reichte schon aus, sich abweichend vom »gesunden Volksempfinden« zu verhalten, um verhaftet und ins KZ deportiert zu werden. Dort wurden homosexuelle Frauen nicht mit dem rosa Winkel zwangsgekennzeichnet, sondern mit dem roten für »politische Häftlinge« oder dem schwarzen für »Asoziale«. In einigen Fällen wurde »lesbisch« zusätzlich in den Haftunterlagen vermerkt.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zumfeindgemacht.de

»Da gibt es hier gar nichts ...«

Vom ersten Besuch einer offen schwulen Besuchergruppe im Staatlichen Museum Auschwitz im Juli 1989 und Konsequenzen bis heute

Lutz van Dijk

Persönliche Vorgeschichte – Hamburg 1979

Als Student gehörte ich zu den ersten Schwulen in Hamburg, die sich ab Mitte der 1970er-Jahre regelmäßig trafen, um sich zu beraten: Was können wir tun, um gegen Beleidigungen und Gewalt anderer, aber auch gegen eigenes Verschweigen und Verstecken aufzutreten? Ich war damals 20 Jahre alt. 1979 demonstrierten wir dann erstmals öffentlich für die Rechte homosexueller Frauen und Männer. Das Wort *Gay Pride* existierte noch ebenso wenig wie ein Bewusstsein für andere sexuelle Minderheiten. Das nahe gelegene ehemalige KZ Neuengamme wurde erst ein Jahrzehnt später allmählich zur Gedenkstätte.

Dass auch homosexuelle Männer in deutschen KZ umkamen, erfuhr ich erstmals durch das bis dahin einzige Buch eines Betroffenen: »Die Männer mit dem rosa Winkel«, aufgeschrieben von Heinz Heger, zunächst nur anonym¹. Auf Nachfrage bei unseren Geschichtsprofessoren wurde uns gesagt, dass es sonst dazu »nichts« gäbe. Es war auf jener »Schwulen-Demo« 1979 durch die Hamburger Mönckebergstrasse, als erstmals eine schlimme historische Kontinuität auch konkret spürbar wurde: Einige ältere Passanten riefen uns wütend zu: »Ihr Schwulen gehört wieder ins KZ wie unter Adolf!«

Erst durch eigenes Studium in Archiven und bei der Suche nach Überlebenden konnten wir nach und nach Mosaiksteine zusammenfügen. So wurde der Rosa Winkel, den die Nazis zur Markierung schwuler KZ-Häftlinge erdacht hatten, zu unserem ersten Symbol des Aufstehens gegen Diskriminierung und Unterdrückung – noch lange vor dem bunt-freundlichen Regenbogen.

Erster Besuch einer offen schwulen Gruppe mit ASF – Oświęcim/Auschwitz 1989

Zehn Jahre später: Im Juli 1989 fuhr ich mit einer Gruppe schwuler Männer aus Norddeutschland sowie einem homosexuellen KZ-Überlebenden zum ersten Mal in meinem Leben in die Gedenkstätte Auschwitz. Wir waren die erste offen schwule Gruppe, die das ehemalige Konzentrationslager be-

suchte. Unsere Fahrt war von engagierten Freiwilligen des Bremer Vereins »Rat&Tat – Zentrum für Schwule und Lesben« organisiert worden. Wir wohnten eine Woche in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim, die seinerzeit erst vor drei Jahren auch auf Initiative von ASF eröffnet worden war.

Niemals vergesse ich, wie der damalige Gedenkstätten-Direktor uns kühl begrüßte: »Gern können Sie bei der Instandhaltung der Gedenkstätte ein paar Tage als Freiwillige der *Aktion Sühnezeichen* mithelfen, aber zu ehemaligen Rosa-Winkel-Häftlingen gibt es hier nichts.« Nachdem er schon gegangen war, sprach uns die ältere polnische Archivleiterin freundlich auf Deutsch an: »Meinen Sie die wegen § 175 hier waren? Doch, da gibt es ein paar Karteikarten...«

Einige von uns gingen am nächsten Morgen zu ihr ins Archiv, wo damals noch nichts digitalisiert war, alles stand auf Pappkarten in großen Karteikästen. Allein in dieser Woche fanden wir 49 Karteikarten von Häftlingen, bei denen als Grund der Inhaftierung vermerkt war: § 175. Diese ersten 49 Männer kamen aus allen Altersgruppen und sozialen Schichten, wir konnten ihnen als Rosa-Winkel-Häftlinge einen Namen geben und bei einigen über die (wenn auch meist schrecklichen) Standard-Häftlingsfotos doch auch ein Gesicht. Die meisten starben hier nach wenigen Monaten oder auch nur Wochen – an Hunger oder an den unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Es gab sie also doch, aber niemand hatte sie bisher einer Erinnerung für wert befunden.

Mit uns war der damals 77-jährige Karl Gorath (1912–2003),² Er kam als Rosa-Winkel-Häftling zunächst ins KZ Neuengamme und von dort 1943 nach Auschwitz. Es gelang ihm, den Rosa Winkel der Homosexuellen gegen den Roten Winkel der politischen Häftlinge zu vertauschen und diese Fälschung anerkannt zu bekommen. So konnte er zum Blockältesten aufsteigen: »Nur dadurch habe ich überlebt!«, sagte er uns damals. Doch nur zwei Jahre nach Kriegsende wurde er erneut nach dem gleichen § 175 verurteilt, der bis weit in die Zeit der Bundesrepublik galt³.

Am letzten Tag in Auschwitz legten wir Blumensträuße an der »Todesmauer« im Stammlager nieder. Auf großen Karten schrieben wir dazu in drei Sprachen: »Für unsere schwulen Brüder, die hier umkamen.« Ein junger Mann aus unserer Gruppe, der schwul und mehrfach körperbehindert war, erinnerte an die Opfer der »Euthanasie«. Später am Tag gingen einige von uns noch mal für ein Gebet zur Todesmauer. Nur wenige Stunden später waren die Blumen mit der Karte nicht mehr zu sehen. Wir fanden sie in einem nahen Müllcontainer. Jemand hatte sich offensichtlich an unserer Erinnerung gestört.

Für die meisten von uns blieb das, was wir dort gesehen und erlebt hatten, ein Ansporn, um nun – erst recht – mehr zu tun. Noch im Herbst des gleichen Jahres erschien ein ausführlicher Bericht über unsere Fahrt nach Auschwitz in der ZEIT⁴.

Da unsere Professoren sich weiter weigerten, zur Homosexuellenverfolgung zu forschen und zu lehren, boten einige von uns – erst inoffiziell, später anerkannt – selbst Lehrveranstaltungen an. Und wir gingen auf die Suche nach jenen Männern, die überlebt hatten, aber bislang niemals öffentlich über ihre Verfolgung gesprochen hatten. Es waren nur ein paar, die wir finden konnten, aber die wenigen unter ihnen, die bereit zum Reden waren, waren später bekannte Zeitzeugen wie Albrecht Becker (1906–2002), Pierre Seel (1923–2005) oder Gad Beck (1923–2012). Einige erlaubten uns damals noch nicht, ihre Geschichten mit vollständigem Namen zu erzählen, wie der bereits genannte Karl Gorath, der jahrelang nur als »Karl B.« in der Literatur bekannt war⁵.

Seit 1989 ist viel geschehen

Bereits 2017 durfte ich auf Einladung des Staatlichen Museums Auschwitz eine erste Fortbildung für Guides zum Thema »Homosexuelle Häftlinge in Auschwitz« durchführen.

In der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus vom 27. Januar 2023, in der an die Verfolgung sexueller Minderheiten erinnert wurde, las der Schauspieler Jannik Schümann einen Text über Karl Gorath und unsere gemeinsame Reise:

»Ihm war bei dieser Reise nur eines wichtig: herauszufinden, was aus seinen damals jungen polnischen Freunden Tadeusz und Zbigniew geworden war. Hatten sie, wie er, überlebt? Im Archiv wurden ihm Dokumente gezeigt, nach denen die Namen beider junger Polen auf einer Todesliste notiert sind. Der inzwischen 77-Jährige war darüber so erschüttert, dass er die Reise abbrach und allein zurück nach Bremerhaven fuhr.

Karl Gorath starb im März 2003 mit 90 Jahren – ohne die Wahrheit über die beiden jungen Polen zu erfahren. Erst im Rahmen des polnisch-deutschen

Forschungsprojektes »Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten« fand die polnische Historikerin Dr. Joanna Ostrowska 2020 nicht nur heraus, dass beide Männer überlebt hatten. Einer von ihnen, Zbigniew K., begleitete 1989 – just als Karl Gorath dort nach Unterlagen über sein Schicksal suchte – noch als Zeitzeuge Führungen in der Gedenkstätte. Zbigniew starb erst 2012.

»Karl, vielleicht kannst Du etwas mehr Frieden finden in dem Wissen, dass Deine jungen polnischen Freunde überlebten. Vielleicht kannst Du uns heute zuhören, lieber Karl.«

Mit der neuen Regierung in Polen gibt es inzwischen auch staatlicherseits Zustimmung zur Eröffnung eines Queeren Museums in Warschau. Es steht gegenüber dem Widerstandsmuseum und dem POLIN Museum zur Erinnerung an die polnischen Juden und soll demnächst eröffnet werden.

Dr. Lutz van Dijk ist ein deutsch-niederländischer Autor und Pädagoge. Er lebt in Amsterdam und Kapstadt.

Mehr zur Gedenkstunde 2023 und eine Dokumentation der Gedenkreise von 1989:
asf-ev.de/queere-ns-verfolgte

- 1 Heger, Heinz: Die Männer mit dem Rosa Winkel, Hamburg 1972. Heinz Heger war das Pseudonym des österreichischen Schriftstellers Hans Neumann (1914–1978), der die Erinnerungen des homosexuellen KZ-Überlebenden Josef Kohout (1915–1994) anonymisiert aufgeschrieben hatte.
- 2 Mehr zu Karl Gorath siehe auch: Hutter, Jörg (2020): »Sie sind ja schon wieder hier«. Karl Gorath (1912–2003), als schwuler Mann vor und nach 1945 verurteilt, in: van Dijk, Lutz u. a. (Hsrg.): Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten, Berlin, S. 179–185.
- 3 Damit wurde homosexuelles Verhalten unter Männern mit Zucht-haus bis zu zehn Jahren bestraft. Der Paragraph war 1871 in das deutsche Strafrecht aufgenommen worden. 1935 wurde er von den Nazis verschärft. Während der NS-Zeit 1933 bis 1945 wurden etwa ebenso viele Männer verurteilt wie in der Zeit von 1945 bis 1969 – mehr als 50.000. Wirklich abgeschafft wurde der §175 erst 1994.
- 4 van Dick, Lutz: Vergessene Opfer – Eine Gruppe Homosexueller unternahm eine Gedenkreise nach Auschwitz, in: DIE ZEIT, 27.10.1989, S. 85. Die Schreibweise meines Nachnamens wurde bei der Annahme der niederländischen Staatsangehörigkeit korrigiert in »van Dijk«.
- 5 Elf biographische Texte erschienen in einem der ersten Bücher damals, in dem noch fünf Namen nicht vollständig genannt werden durften: van Dick, Lutz (1992): »Ein erfülltes Leben – trotzdem ...« Erinnerungen Homosexueller 1933–1945, Reinbek. Dieses Buch erschien aktualisiert und erweitert: van Dijk, Lutz (2012): »Einsam war ich nie« – Schwule unter dem Hakenkreuz 1933–1945, unter Mitarbeit von Günter Grau, Berlin.

Wolfgang Lauinger

Geboren 1918 in Zürich – gestorben 2017 in Frankfurt/Main



Wolfgang Lauinger 2016 in Frankfurt/Main

»Ich will Dir genau sagen,
was mir geholfen hat:
Der Mensch hat geholfen.«

Wolfgang Lauinger erlebte den aufkommenden Nationalsozialismus bereits als Jugendlicher. Schon früh stellte er sich mutig gegen das Unrecht, das er aufgrund seiner jüdischen Herkunft erleiden musste. Er musste mehrfach die Schule wechseln und beendete sie schließlich ohne Abitur. Sein Vater wurde als Jude in den Novemberpogromen im KZ inhaftiert, seine jüdischen Verwandten emigrierten später. 1940 schloss sich Lauinger in Frankfurt einer Gruppe von Swing-Kids an, die rasch die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich zog. Neben dem Vorwurf, gegen den NS-Staat zu agitieren und feindliche Sender zu hören, stand auch seine Homosexualität im Zentrum der Ermittlungen. Nach mehreren Monaten in Haft tauchte Lauinger unter und kam über den Lebensgefährten seiner Mutter schließlich zu einer Anstellung in einer Fabrik in Pforzheim.

Nach Kriegsende – die Zukunft schien nun endlich offen – wurde er auf der Grundlage alter Gestapo-Akten erneut wegen seiner Homosexualität verfolgt und 1950 verhaftet. Es war eine späte Demütigung für Wolfgang Lauinger, der sich bis zu seinem Tod im Dezember 2017 unermüdlich für die Rehabilitierung von Homosexuellen einsetzte, ohne selbst jemals entschädigt worden zu sein.

Auf die mehrfachen Diskriminierungen in seinem Leben schaut er sehr pragmatisch: »Das war halt so.« Als Aktivist entschied er sich dazu, dem seine Lebensfreude und sein Engagement entgegenzusetzen.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zweitzeugen.de

Swing

Der Swing als populäre und tanzbare Stilrichtung des Jazz hat seinen Ursprung in der Schwarzen Kultur in den USA der 1920er- und 1930er-Jahre. Auch in Europa gab es viele Fans, Orchester und Tanzlokale. Die Nazis verfolgten diese unangepasste weltoffene Subkultur als »undeutsch«. Doch viele Jugendliche entzogen sich den Verboten. Obwohl eigentlich unpolitisch, widersetzten sich die Swing-Liebhaber der NS-Kontrolle, manche leisteten auch aktiv Widerstand.



Ein Bild zum Weiterleben

Gegen alle Rückschläge halfen Wolfgang Lauinger seine Freundschaften. Mit Menschen zusammen zu sein, mit denen man gut auskommt, sich aussprechen kann und so sein, wie man ist. Aufgrund seiner Religion und Sexualität hat er häufig Ausgrenzung erfahren. Daher gründete er 1964 mit seinen Freunden die Jugendorganisation »freies Bildungswerk«. Dort schuf er: Einen Ort, an dem sie sich ausleben konnten, ohne eingegrenzt zu werden.



**ZWEIT
ZEUGEN
e.V.**

Lebenswege zwischen
**Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung**

Text und Bilder kuratiert von Zweitzeugen e. V.

»Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager«

Die verleugneten Opfer des Nationalsozialismus

Oliver Gaida und Laura Stöbener

2020 beschloss der Deutsche Bundestag, Menschen, die zwischen 1933 und 1945 als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« verfolgt wurden, als NS-Opfer anzuerkennen. Dies kam spät – zu spät für die wenigen Überlebenden. Der Bundestag beschloss zugleich eine Ausstellung, die das Wissen über die lange marginalisierten Verfolgten erweitern soll. Sie wurde durch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg entwickelt und im Herbst 2024 in Berlin eröffnet.

Auch wenn der Beschluss zwei Gruppen definiert, bleiben es NS-Verfolgungskategorien, die unterschiedlichste Menschen umfassten. Gemeinsam war ihnen, dass Gesellschaft und Politik nach 1945 ihre Leiden nicht anerkannten. Die Bundesrepublik, die DDR und Österreich verweigerten den Betroffenen eine Entschädigung. Ihre Unrechtserfahrungen wurden verleugnet.

Wer waren die Verleugneten?

Lange haben die Kurator*innen um einen Ausstellungstitel gerungen. Es war uns wichtig, die gewaltsamen Zuschreibungen »asozial« und »Berufsverbrecher« nicht zu wiederholen, sondern zu dekonstruieren.

Viele der Verfolgten vereinte die Erfahrung von Armut, die sie unweigerlich unter die Beobachtung von Behörden brachte. Doch die Liste ist lang: Sucht- und psychische Erkrankungen, Prostitution oder ein Lebensstil, der nicht den Moralvorstellungen der Zeit entsprach. Die Nationalsozialisten haben den Begriff »asozial« nie abschließend definiert. So blieben die Kriterien vage. Nachdem zunächst arbeitslose Männer ins Visier gerieten, traf es nach Kriegsbeginn zunehmend Frauen und Jugendliche. Vor allem jungen Frauen drohten Zwangssterilisation und Haft aufgrund von sexualisierten Zuschreibungen, die beispielweise als Prostitutionsverdacht aktenkundig wurden.

In den 1920er-Jahren entwickelte die Kriminologie den Begriff »Berufsverbrecher« für Menschen, denen sie unterstellte, ihren Lebensunterhalt allein durch kriminelle Aktivitäten zu sichern. Kriminelles Verhalten galt als angeboren. Die NS-Behörden griffen dieses Konzept auf. Dabei übernahm die Kriminalpolizei (Kripo) eine tragende Rolle. Dies wird nach 1945 wichtig: Die Kripo und ihr zuarbeitende Behörden wurden nicht aufgelöst und mussten sich keinerlei kritischer Aufarbeitung stellen.

Das Ziel der Nationalsozialisten war eine rassistisch und erbbiologisch begründete Ordnung der Ungleichheit. Die Behörden kontrollierten und drangsalierten Zehntausende und beraubten sie ihrer Freiheit. In den Konzentrationslagern mussten Häftlinge, die Kripo und SS in die Kategorie »asozial« einordneten, einen schwarzen Winkel an der Kleidung tragen, Personen, die als »Berufsverbrecher« bezeichnet wurden, einen grünen Winkel. Viele wurden ermordet – in den Lagern, aber auch in »Heil- und Pflegeanstalten«.

Was sind besondere Schwierigkeiten im Erinnern an diese Verfolgten?

Mit Kriegsende endete zwar das systematische Morden. Viele Überlebende erfuhren jedoch weiter staatliche Gängelungen und soziale Marginalisierung. Wir wissen bis heute nicht, wie viele Menschen verfolgt oder ermordet wurden.

In den 1980er-Jahren bemühen sich erste Initiativen, die Verfolgung unter dem Begriff »asozial« zu erforschen, in die Öffentlichkeit zu tragen und der Stigmatisierung entgegen zu wirken. War es leichter, den als »asozial« Verfolgten Mitgefühl entgegen zu bringen als Personen, deren Vorstrafen die Nationalsozialisten als Anlass für ihre Verhaftung genommen hatten? Waren Häftlinge mit dem schwarzen Winkel eher mit dem zeitgenössischen Bild des »unschuldigen Opfers« zu vereinen – wenn auch unter Mühen?

Die Anerkennung der Häftlinge mit grünem Winkel war und ist Anlass für Kontroversen. Unbestritten ist, dass ihre grundlegenden Rechte im NS nicht gewahrt wurden. Die Delikte reichten von geringfügigen Diebstählen bis zu schweren Gewalttaten. Die Kripo sprach ihnen aufgrund der kriminalbiologischen Vorstellungen ab, sich bessern zu können, und auf Grundlage kriminalpräventiver Vorstellungen wurde ein dauerhaftes Wegsperrern zum Schutz der »Volksgemeinschaft« gefordert. Die Polizei nutzte dafür ab 1934 das Instrument der »Vorbeugungshaft«: So konnte sie Vorbestrafte ohne bewiesenen Verdachtsfall festnehmen und auf unbestimmte Zeit in ein KZ einweisen. Die Verfolgten wurden also für Taten inhaftiert, für die sie ihre Strafe bereits verbüßt hatten. 1937 wurde die Vorbeugungshaft auch auf Personen ausgeweitet, die die Behörden als »asozial« definierten, insgesamt traf sie schätzungsweise 80.000 Menschen.

Wer waren die als »Berufsverbrecher« Verfolgten?

Das Fehlen von eigenen Aussagen und Erinnerungsberichten macht es erforderlich, die Biografien von »Berufsverbrechern« entweder über Täter-Dokumente oder Erinnerungen von Mithäftlingen zu rekonstruieren. In ersteren wurden sie als »geborene Kriminelle« angesehen, in letzteren genossen sie oft keinen guten Ruf. Oft sind die Häftlinge mit dem Grünen Winkel eng mit der Figur des »Funktionshäftlings« verbunden. Die SS wählte einzelne Häftlinge aus, die als »Lagerälteste« oder »Kapos« die Abläufe im Lager kontrollieren sollten. Diese Häftlinge stammten aber aus allen Häftlingsgruppen. Die Lagerleitung bewilligte im Gegenzug Privilegien. Viele nutzten ihre Position zum eigenen Vorteil und drangsalierten Mithäftlinge. Andere Kapos – von den seltener berichtet wurde – unterstützten andere Gefangene.

Anhand von zwei Biografien möchten wir einen Einblick geben, wie unterschiedlich die Menschen waren, die mit dem Begriff »Berufsverbrecher« belegt wurden:

Johann Kammerer, geboren 1911 in Bayern, schlug sich als Hilfsarbeiter auf dem Bau durch. Nach einer Trennung zahlte er – laut Augsburger Wohlfahrtsamt – keinen Unterhalt an seine Familie. Deshalb nahm ihn die Münchner Polizei 1937 in »Vorbeugungshaft«. Im KZ Dachau sollten ihn Prügel, Baum-Hängen und wochenlanger Arrest brechen. Die SS überstellte ihn 1939 in das KZ Mauthausen und zwang ihn, das KZ Gusen I, ein Zweiglager von Mauthausen, als »Lagerältester« mit aufzubauen.

Kammerer gab die Gewalt, die er erfahren hatte, weiter: Er war für den Tod zahlreicher Mithäftlinge verantwortlich. 1950 verurteilte ihn das Schwurgericht Augsburg für Mord in 94 Fällen zu lebenslanger Haft. In einem Gnadengesuch schreibt er 1957: »Außerdem wurden mehrere SS-Schergen und Parteigenossen, die eine lebenslängliche Zuchthausstrafe hatten frühzeitig begnadigt (...).« Damit weist Kammerer auf ein auffallen-

des Ungleichgewicht hin: Nur wenige ehemalige SS-Aufseher mussten sich vor Gericht verantworten.

In einem weiteren Gesuch geht Kammerer auf seine prekäre Lage in Gusen ein – obwohl privilegierter »Lagerältester« war er immer noch Häftling, ohne Schutz vor der SS-Gewalt. 1976 wurde Johann Kammerer auf Bewährung entlassen. Er starb 1981 bei Augsburg.

Die meisten Häftlinge mit grünem Winkel befanden sich aber nie in solch einer Position. Folglich überdecken solche Erzählungen viele andere: Zum Beispiel haben wir wenige Kenntnisse über spezifischen Haftumstände jener Frauen, die als »Berufsverbrecherinnen« in ein KZ kamen.

Růžena Mrázková wurde 1912 in Böhmen geboren. Wir wissen nur wenig über sie. Sie hatte wohl als Haushaltshilfe gearbeitet, bevor sie ohne festen Wohnsitz umherzog. In der Zeit nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei und Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren warfen ihr Polizei und Justiz Diebstähle vor und unterstellten ihr Prostitution. Sie galt ihnen als »Gewohnheitsverbrecherin«. 1941 kam sie in Haft, musste ab 1944 erst Zwangsarbeit leisten, bevor sie in das KZ Ravensbrück überstellt wurde. Über ihren dortigen Leidensweg ist genauso wenig bekannt wie darüber, wie es für sie nach ihrer Befreiung aus einem Flossenbürger Außenlager nach dem Krieg weiterging. Es ist lediglich bekannt, dass sie in Prag wohnte.

Das Stigma, vorbestraft und damit kriminell gewesen zu sein, ließ Überlebende schweigen. Auch setzten sich ehemalige politisch Verfolgte selten für ehemalige grünwinklige Mithäftlinge ein. Im Gegenteil, sie trugen wesentlich zu ihrem Ausschluss von Hilfsleistungen bei, aus Sorge, dass eine Verbindung zu »Kriminellen« ihren eigenen Stand in der Nachkriegsgesellschaft desavouieren könnte.

Unabhängig davon, aus welchen Gründen ein Mensch ins KZ verschleppt und dort mit dem grünen Winkel markiert wurde oder wie er sich im System der SS verhielt, bleibt ein Grundsatz gültig: »Verbrechen an Verbrechern sind auch Verbrechen« (Nikolaus Wachsmann). Nach 80 Jahren ist es an der Zeit für ein Gedenken, das diesen Menschen in ihrer Vielschichtigkeit gerecht wird.

»Die Verleugneten. Opfer des Nationalsozialismus. 1933 – 1945 – heute« | Ausstellung, bis 31.01.2025, Cora-Berliner-Straße 2, 10117 Berlin
Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei.
Jeden Sonntag um 13 Uhr kostenlose Führungen.

Oliver Gaida und **Laura Stöbener** sind Mitarbeiter*innen bei der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und kuratierten die Ausstellung »Die Verleugneten« mit.

Spielen, sprechen, sichtbar machen!

Harald Hahn setzt sich in »Monolog mit meinem ›asozialen‹ Großvater – Ein Häftling in Buchenwald« mit seiner Familiengeschichte, aber auch mit unserer ungerechten Gegenwart auseinander.

Es war im Pandemiejahr 2020, als ich mitten in den Proben zu meinem Stück über meinen Großvater Anton Knödler war. Er musste als sogenannter »Asozialer« fast ein Jahr im Konzentrationslager Buchenwald verbringen. Seit mittlerweile nun vier Jahren spiele ich dieses Stück auf den Bühnen in ganz Deutschland.

Doch es hat einige Jahrzehnte gedauert, bis ich mich meiner Familiengeschichte gestellt habe. Aus Angst vor dem emotionalen Schmerz, den diese künstlerische Arbeit mit sich bringen würde und auch aus Scham. Scham aus einer Familie zu kommen, die in prekären Verhältnissen gelebt hat. Aufgewachsen zu sein mit Armut.

Und wie in den meisten Familien dieses Landes, wurde auch in unserer Familie über die familiären Verstrickungen der NS-Zeit nicht gesprochen. Ich thematisiere dies in einem meiner Monologe im Stück.

»Darüber spricht man nicht.

... Dabei gab es aber noch die andere Erzählung über Dein Leben. Du wärst Häftling im KZ gewesen. Aber in der Familie interessierte sich niemand so richtig für Dein Schicksal. In den achtziger Jahren saß meine ganze Familie vor dem Fernseher und schaute sich die US-amerikanische Fernsehserie Holocaust an. Die Geschichte der Familie Weiß wurde da erzählt. Meine Mutter weinte die ganze Zeit! Aber in der eigenen Familie fand, und da war unsere Familie keine Ausnahme, die NS-Zeit irgendwie nicht statt. Dabei ist NS-Geschichte in unserem Land für die allermeisten Familien immer auch Familiengeschichte. – Jede Familie hat ihr Geheimnis!

Darüber spricht man nicht, psst!«

Ich war ASF-Freiwilliger von 1992 bis 1994 in Chicago. In dieser Zeit besuchte ich 1993 in Philadelphia einen Workshop für Menschen aus »Täter- und Opferfamilien« der NS-Zeit. Eine

der Leiterinnen des Workshops stammte aus einer jüdischen Familie, die mit Ausnahme der Mutter komplett ermordet worden war. Der Vater der anderen war SS-Wächter in Dachau. Eine der beiden sagte einen Satz, den ich nie vergessen werde: Es gebe da eine Gemeinsamkeit in den Täter- und den Opferfamilien: das Schweigen. Ich versuche mit dem Stück dieses Schweigen zu brechen.

Das Schweigen in den Familien durchbrechen

Eine Frage, die in den Publikumsgesprächen immer wieder gestellt wird: Wie kam es dazu, ein Theaterstück zu schreiben und zu spielen?

Meine Auseinandersetzung mit der NS-Zeit verlief, wie bei vielen anderen Menschen auch, nicht linear, sondern in verschiedenen Schleifen. Als junger Mensch zu Zeiten des NATO-Nachrüstungsbeschlusses in den achtziger Jahren in der Friedensbewegung politisiert, verstand ich mich per se als Antifaschist. Ich wusste zwar schon, dass es das Gerücht gibt, mein Großvater wäre KZ-Häftling gewesen, aber nichts konkreter: in welchem Lager und weshalb? Dies erfuhr ich erst später.

Ich erzähle es im Stück:

»Weißt Du das eigentlich, dass niemand in der Familie wusste, wo Du warst? Die einen sagten, Du wärst in Dachau inhaftiert gewesen, die anderen in Buchenwald, so richtig wusste niemand was. Ich habe mich auf die Suche gemacht (Pause) – Hier Deine Akte – Du warst in Buchenwald.«

Erfahren habe ich das Familiengeheimnis nur, weil ich einmal als Teenager bei den Kaffeerunden meiner Tante Else ein paar Sätze aufschnappte, der Anton wäre doch auch im Lager gewesen. Doch erst nach meinem Abitur über den zweiten Bildungsweg habe ich Gedenkstätten deswegen angeschrieben. Ohne die Kaffeerunden bei Tante Else hätte ich niemals etwas über das Leid meines Großvaters erfahren.

Elses Kaffeerunde taucht übrigens auch in einem Monolog im Stück auf, bei dem ich meinen Großvater frage, ob er mit einem Menschen jemals über die Zeit in Buchenwald gesprochen hat:

»... Hast Du eigentlich, nachdem das vorbei war, jemals mit Deiner Frau, meiner Großmutter, der EMMA, darüber geredet? Was hat denn Emma gesagt? Sie war doch mit Leidenschaft dabei, sie war doch eine überzeugte Nationalsozialistin. Und der eigene Ehemann, Häftling im Konzentrationslager – das geht in meinen Kopf nicht rein.

Hör mal Opa, ich hab Emma mal gefragt. Ja bei einem dieser Kaffeenachmittage bei Tante Else, bei denen sie alle um den Tisch bei Kaffee und Kuchen saßen und über Gott und die Welt sprachen. Ich hab sie alle gefragt. Warum sie denn alle an das geglaubt haben. Warum sie da mitgemacht haben. Emma sagte nur: »Weißt Du Harald, wir waren arm und als der Hitler Geburtstag hatte, gab es auf dem Bohlschulplatz Linsen und Spätzle.«

Mehr sagte sie nicht. Linsen und Spätzle. Ist heute übrigens eines meiner Lieblingsgerichte.«

Ein paar Jahre später nach dieser Kaffeerunde begann ich eine Bäckerlehre in Aalen. Mit einem Hauptschulabschluss mit 3,5-Notendurchschnitt gab es damals für Menschen meiner Klasse nur Ausbildungsplätze als Metzger oder Bäcker. Also wurde ich Bäcker, dies in einer der alt-ehrwürdigen Bäckereien. Der Seniorchef tauchte nur sehr selten in der Backstube auf. Wenn er aber reinkam, wehte auf einmal ein Kältestrom durch den Raum. Später fand ich durch einen Zufall heraus, dass dieser Mensch in der »Legion Condor« gewesen war, die die baskische Stadt Guernica dem Erdboden gleichgemacht hatte. Als 15-Jähriger in einer schwäbischen Kleinstadt aufgewachsen, wusste ich nichts von Guernica oder von Picassos Bild, geschweige denn, welche Menschheitsverbrechen die »Legion Condor« bei dieser Bombardierung begangen hatte. Dies erfuhr ich erst als ich an der Reformschule des Pädagogen Hartmut von Hentig am Bielefelder Oberstufen-Kolleg das Abitur nachholte und in einem Kurs über den spanischen Bürgerkrieg »Der kurze Sommer der Anarchie« von Hans Magnus Enzensberger las. Mein Großvater als Häftling in Buchenwald, mein Seniorchef in der »Legion Condor«. Ich der Lehrling. Deutsche Geschichte eben.

Deutsche Geschichte eben

Nach meiner Zeit mit ASF studierte ich Erziehungswissenschaft und ging nach einem kurzen Ausflug in die Wissenschaft nach Berlin, um Theaterpädagoge und Kulturschaffender zu werden, vertonte Gedichte des jüdischen Dichters Theodor Kramer, veröffentlichte den Band »Lob der Verzweiflung« und trat auch bei Veranstaltungen von ASF in Leipzig und Berlin auf – aber die eigene Familiengeschichte, die habe ich dabei nicht the-

matisiert. Es brauchte eben erst eine weitere Schleife mit Theodor Kramer, um mich der eigenen Familienverstrickung anzunähern.

Warum es dann zu diesem Theaterstück kam, hat natürlich etwas mit sozialer Herkunft – man kann ruhig auch Klasse dazu sagen – zu tun. In keinem europäischen Land hängt der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Herkunft ab wie bei uns. Dagegen setze ich auch dieses Stück, das angesichts der Herkunft meiner Familie so wenig selbstverständlich ist. Ich thematisiere dies auch in meinem Stück:

... »Und Überhaupt: Weißt Du Opa, ich finde das Denken macht eigentlich meiner Meinung nach nur Sinn, wenn man was aus der Geschichte lernt. Oder etwa nicht? Wie gehen wir denn heute mit den Obdachlosen, den Armen um? Und wie viele Menschen werden heute immer noch als Assi bezeichnet? Und da sind nicht Steuerhinterzieher gemeint, die ihr Geld ins Ausland schaffen. Und es ist doch ein Skandal, dass die soziale Herkunft entscheidet, welchen Bildungsabschluss Kinder bekommen. Nur weil ein Kind aus einer armen Familie kommt, wird es statistisch gesehen nicht studieren. Großpapa, es ist immer noch zum Schreien ungerecht.

Es hat sich so wenig verändert. Was? Du meinst, dies wäre dann ein anderes Stück, echt? Vielleicht aber auch nicht, bleib doch noch da, es gibt ja gleich ein Publikumsgespräch.

Weißt Du, ich glaube ja, die Vergangenheit ist nicht vergangen, sie wirkt weiter in uns fort.«

Bei einer Theaterveranstaltung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) zu »Euthanasie« gab es im Anschluss ein Gespräch, bei dem ein junger Mann, der bei mir mal einen theaterpädagogischen Workshop besucht hatte, aufstand und über seine Großmutter, Opfer der NS-Euthanasie, sprach. Er würde nun einen Aufsatz darüber schreiben. Ich wusste von seinem akademischen Hintergrund, war ein wenig neidisch auf seine Eloquenz, seinem selbstbewussten Auftreten vor diesen vielen Menschen. Es hat auch etwas mit einer inneren Haltung und familiären Prägung zu tun, zu glauben, die Geschichte der Großmutter müsste die Welt interessieren.

In diesem Augenblick wurde mir bewusst, wenn ich nicht die Geschichte von meinem Großvater in die Welt bringe, dann wird sie genauso vergessen werden, wie die anderen Geschichten aus dieser Opfergruppe.

Die Frage ist: Wer spricht? Wer nicht? – Denn die im Dunkeln sieht man nicht.

Harald Hahn ist Theaterpädagoge. Er kann mit seinem Stück bundesweit eingeladen werden. www.asozialer-grossvater.de

Heinz Kerz (in der Mitte mit Tafel in den Händen) im ersten Schuljahr 1927



Heinz Kerz

Geboren 1920 in Nieder-Olm –
gestorben 1980 in Nieder-Olm

Heinrich, genannt Heinz, wird in der Kleinstadt Nieder-Olm bei Mainz in Rheinhessen geboren. Das Gebiet ist nach dem Ersten Weltkrieg von Frankreich besetzt. Sein Vater ist ein Soldat aus einer französischen Kolonie in Afrika, über den nicht mehr bekannt ist. Heinz kommt in die Volksschule und begeistert sich besonders für Sport. Er spielt gerne Fußball und hat viele Freunde. Sein bester Freund Alfred hat ebenfalls einen Vater, der aus einer französischen Kolonie stammt. Doch ab 1933 wird er als Schwarzer Mensch diskriminiert, darf nicht mehr in seinem Fußballverein spielen oder an Schwimmwettbewerben teilnehmen.

Im Zuge einer geheimen und illegalen Aktion werden Heinz und auch sein Freund Alfred unter Zwang 1937 sterilisiert. Er muss sich durchschlagen und lebt mit seiner Mutter in einer Notunterkunft. 1943 wird er im KZ Dachau inhaftiert. Bei der Zwangsarbeit in einem Rüstungsbetrieb zieht er sich eine schwere Verletzung zu. Er überlebt schwer angeschlagen noch einen Todesmarsch nach Bad Tölz.



Heinz kehrt in seine Heimatstadt zurück und bleibt Zeit seines Lebens in vielen Ehrenämtern und beruflich als Bademeister dem Sport verbunden. Er engagiert sich auch politisch sowie im Karnevalsverein, heiratet und hat einen großen Freundeskreis.

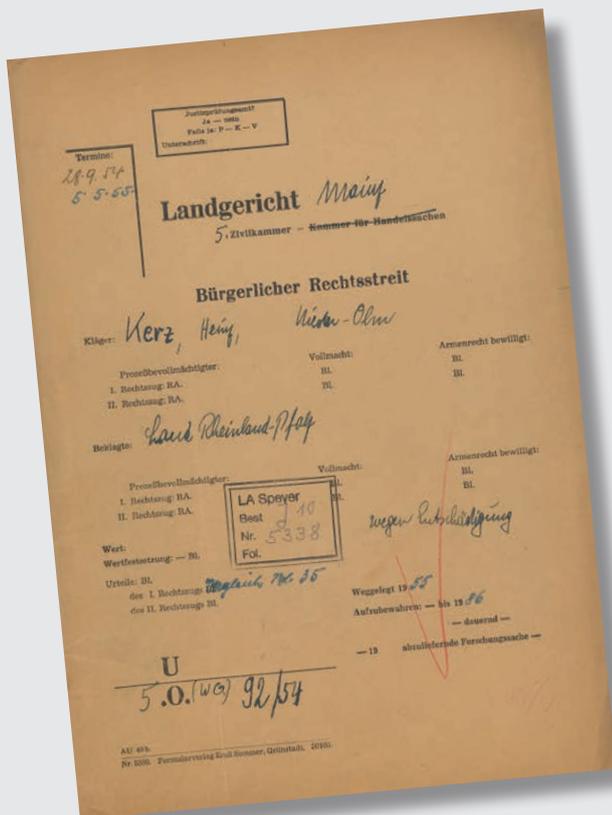
Heinz Kerz leidet seit seiner Haft an Herzproblemen. Er erhält eine Entschädigung für die Haftzeit im KZ Dachau sowie für die Gesundheitsschäden. Für die Zwangssterilisation wird er in einem Vergleich nur teilweise entschädigt. Er stirbt nur ein halbes Jahr nach seiner Frühverrentung. Heute ist die Sporthalle im Ort nach ihm benannt.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zumfeindgemacht.de



Heinz Kerz wird zum Ruhestand durch den Bürgermeister geehrt.



Entschädigungsakten von Heinz Kerz

Zwangssterilisationen

Als »Rheinlandbastarde« wurden Jugendliche, die von Schwarzen Soldaten der französischen Armee und deutschen Frauen während der Rheinlandbesetzung gezeugt wurden, diffamiert. Auf einen »Führerbefehl« hin wurden 1937 mindestens 436 von ihnen in einer geheimen Aktion zwangssterilisiert. Nach dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« wurden bereits seit drei Jahren Menschen mit bestimmten Krankheitsbildern unter Zwang sterilisiert, doch selbst im NS hätten Menschen allein aufgrund der äußeren Erscheinung nicht sterilisiert werden dürfen. Nach 1945 wurden Verfahren gegen die Verantwortlichen eingestellt.

Lebenswege zwischen
Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung



Text und Bilder kuratiert vom Bundesverband
 Information & Beratung für NS-Verfolgte



10 Perspektiven

Sinti* über Auschwitz, Widerstand und Selbstbehauptung in der Gegenwart

Die Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti* und Roma*, an die Folgen, die Kontinuitäten und Brüche nach 1945 finden bis heute wenig Beachtung. Im Projekt »10 Perspektiven« kommen zehn Sinti* zu Wort, deren Vorfahr*innen in Auschwitz inhaftiert waren. Viele von ihnen wurden dort ermordet. Mit ASF setzten sie sich in einer Seminarreihe mit dem (Nicht)Erinnern an den Völkermord auseinander und begaben sich auf eine Gedenkfahrt in die Gedenkstätte Auschwitz. In »10 Perspektiven« erzählen die Sinti* ihre Familiengeschichten, schildern ihre persönlichen Erfahrungen im Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft und berichten von ihrem Engagement gegen Diskriminierung.

Eine Perspektive von Charmaine

»Ich bin eine Deutsche und es ist mir wichtig, dass die Mehrheitsgesellschaft versteht, dass wir Sinti ebenfalls Deutsche sind. Wir leben die Kultur der Sinti neben der deutschen Kultur. Die Sinti-Kultur – oder das, was von ihr nach dem Völkermord im Nationalsozialismus noch übriggeblieben ist – steht nicht im Widerspruch zur allgemeinen deutschen Kultur in unserer Heimat. Aus den Lagern sind damals vor allem junge Menschen zurückgekehrt und ein großer Teil unserer alten Kultur ist mit den ermordeten älteren Menschen verloren gegangen. Wir möchten als Deutsche anerkannt werden, weil wir seit Jahrhunderten Teil dieser Gesellschaft sind. Wir verlangen keine Besserstellung, sondern einfach Gleichbehandlung und Respekt auf Augenhöhe.

Meine Großeltern waren beide Überlebende des Aufstands vom 16. Mai 1944 im Lager Auschwitz-Birkenau. An diesem Abend plante die SS, alle Sinti in Auschwitz zu ermorden. Doch sie hatten nicht mit dem entschlossenen Widerstand unserer Vorfahren gerechnet. Die SS wurde gezwungen abzubrechen. Aus Archivdokumenten haben wir letztes Jahr erfahren, dass meine Großeltern an diesem ersten Aufstand beteiligt waren. Sie hatten uns nie davon erzählt. Nach dem Aufstand wurden sie, weil sie noch jung und kräftig waren, selektiert und weiterdeportiert. Die Schwächeren, die in Auschwitz zurückblieben, wurden dann in der Nacht vom 2. auf den 3. August alle ermordet.

Meine beiden Großeltern wurden nach Ravensbrück gebracht. Dort wurden sie auf einen der Todesmärsche geschickt. Sie haben diesen Marsch gemeinsam überlebt, durchgestanden und fanden später ihren Weg hierher nach Leer. Viele in unserer Community in Leer sind Nachkommen der Überlebenden dieses Aufstands. Diese Geschichte erfuhren wir erst durch die Dokumente aus den Archiven in Auschwitz. Viele Familien, einschließlich meiner eigenen, wären also heute nicht hier, wenn es diesen Aufstand nicht gegeben hätte. Ich bekomme eine Gänsehaut, wenn ich daran denke.

Schon von klein auf wurden mir grausame Geschichten aus Auschwitz erzählt. Meine Großmutter berichtete, wie sie ohne richtige Kleidung im Schnee stand, wie sie versuchte, die Kinder zu verstecken, und wie ihr Onkel von Hunden zu Tode gebissen wurde, weil ihm eine Zigarette heruntergefallen war. Mit diesen Geschichten bin ich aufgewachsen. Uns wurde immer gesagt, dass wir diese Geschichten nicht der Mehrheitsgesellschaft erzählen sollen. Wir sollten nichts über unser Leben oder unsere Familie preisgeben, denn jede Information könne gegen uns verwendet werden.



Mein Vater ist ein direktes Nachkriegskind. Er wuchs in harten Verhältnissen auf. Er hat mir immer gesagt, es sei schwierig, mit der Mehrheitsgesellschaft zusammenzuleben. Als Kind konnte ich das nicht verstehen und hielt seine Ansichten für extrem. Doch mit meiner jetzigen eigenen Lebenserfahrung muss ich ihm Recht geben. Wir erleben Ablehnung und teils starken Hass von Seiten der Mehrheitsgesellschaft, oft ohne dass diese Menschen sagen können, warum sie uns ablehnen oder warum sie diesen Hass empfinden. Tatsächlich wissen sie meistens gar nichts über uns.

Heute denke ich oft darüber nach, warum wir es gewohnt sind, uns zu verteidigen. Diese Haltung haben wir von unseren Eltern und sie wiederum von ihren Eltern gelernt. Eine Kindheitserinnerung kommt mir hierbei in den Sinn: In den Sommerferien reisten wir oft mit dem Wohnwagen. Und dann hieß es manchmal: »Habt Acht, die Nazis kommen.« Junge Männer kamen dann auf unseren Platz und versuchten, uns zu vertreiben. Wir Kinder hatten große Angst, daran erinnere ich mich noch heute. Meine Eltern und die Mitreisenden haben uns dann verteidigt. Das erinnert mich an den Aufstand in Auschwitz, als sich unsere Großeltern auch mutig verteidigten. Dies ist für mich nicht einfach eine Geschichte, die vergangen ist. Solange Überlebende leben, die diese Ereignisse miterlebt haben, bleibt sie aktuell.«

* Charmaine, 42 Jahre, arbeitet als Bildungsbegleiterin im 1. Sinti-Verein Ostfriesland e. V. Sie ist Mutter von zwei Kindern.



Eine Perspektive von Michael

»Meine Großeltern väterlicherseits waren auch in Auschwitz inhaftiert. Meine Großmutter wurde von Auschwitz dann nach Ravensbrück deportiert und von dort auf einen Todesmarsch geschickt. Dieser Todesmarsch begann mit circa 1.200 Häftlingen, von denen lediglich 150 Menschen überlebt haben, darunter meine Großmutter. Neben ihr kamen zwei weitere Überlebende dieses Todesmarsches später nach Leer. Was sie an Leid erlebt haben, möchte ich gar nicht versuchen nachzuempfinden. Ich glaube, das kann sich niemand vorstellen. Die Menschen sind erfroren, wurden erschossen, weil sie zu schwach waren, um weiter zu laufen, oder sie blieben einfach so liegen und sind an Schwäche gestorben.

Meine Großmutter ist später schwer erkrankt und bereits 1975 früh verstorben. Damals war ich noch sehr klein. Sie hat, wie viele Überlebende, mit den gesundheitlichen Folgen der Lager und der Todesmärsche zu kämpfen gehabt. Zudem gab es direkt nach dem Krieg keine Wiedergutmachung für diese Menschen und auch noch keine Bürgerrechtsbewegung. Erst später gab es für manche eine Entschädigung. Zudem wurde die Verfolgung der deutschen Sinti erst 1982 als eine rassistische Verfolgung anerkannt. Erst dann hat sich die Wiedergutmachungspraxis geändert. Meine Großmutter hat das nicht mehr miterlebt.

Es war sehr bewegend, das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu besuchen. Ich habe viel über die Menschen nachgedacht, die hier inhaftiert waren und die heute nicht mehr leben. Da kommt auch Wut in mir hoch. Es ist noch schwerer, die Geschichte auszuhalten, gerade weil wir immer noch so stark von Diskriminierung betroffen sind.

Als kleiner Junge hatte ich mich auf die Schule gefreut. Andere deutsche Sinti sagten nur, »Warts mal ab!«. Als ich dann in der Schule war, wurde meine Vorfreude sofort ausgebremst: Ich musste mich in die letzte Reihe setzen und wurde ignoriert, egal ob ich mich gemeldet habe oder nicht. Zwei, drei Wochen später habe ich dann einfach meine Schulsachen verschenkt. Ich wollte auch nicht mehr in die Schule gehen.



Mein Vater bestand jedoch darauf, dass ich zur Schule gehe, da ich wenigstens Lesen und Schreiben lernen sollte. Er konnte es nicht, weil ihm der Schulbesuch als Kind verboten wurde. Also saß ich dann da in der Schule oder war körperlich anwesend. Aber geistig hatte ich abgeschaltet. Nach der ersten Klasse in der Grundschule kam ich sofort auf die Sonderschule, wie alle anderen Kinder der deutschen Sinti auch. In der fünften Klasse bekam ich dann eine neue Lehrerin. Diese schrieb etwas an die Tafel, was ich vorlesen sollte. Aber ich konnte zu diesem Zeitpunkt noch kein Wort lesen oder schreiben. Die Lehrerin bemerkte schnell, dass ich nicht so dumm war. Sie schenkte mir ein Märchenbuch, mit dem ich dann Lesen und Schreiben lernte. Diese Lehrerin hat sich für mich interessiert und gab meinem Leben eine neue Richtung. Dieses Glück hatten leider nicht viele deutsche Sinti.

Nach dem Schulabschluss habe ich mich auf Lehrstellen beworben. Wir deutschen Sinti haben alle auch deutsche Namen wie Wagner, Mettbach, Peter usw., die hier in Leer »verbrannt« sind. Leer ist eine kleine Stadt, in der jeder meint zu wissen, dass du Sinto bist, wenn du Wagner heißt. Trägst du einen dieser Namen, bekommst du die Wohnung nicht oder es gibt dir keiner einen Job. Ich habe 150 Bewerbungen abgeschickt und nur Absagen erhalten. Oft gab es auch antiziganistische Sprüche. Also habe ich doch den Weg gewählt, den viele Sinti aus Leer gegangen sind, und mich selbststän-

dig gemacht. Später habe ich dann doch einmal in Stuttgart gearbeitet. Da wussten die Kollegen nicht, wie sie mich einordnen sollen. Dort war ich dann der dumme Ostfrieser und musste mir Ostfriesenwitze anhören, weil sie meinen Familiennamen nicht zugeordnet hatten wie in meiner Heimatstadt Leer. Als ich dann zurück nach Hause kam, war ich sofort wieder der Scheiß-Z.

Mit der Zeit gewöhnt man sich an dauerhafte Diskriminierung. Bei mir prallt das heute einfach ab, es gehört für mich zum Leben dazu. Diese Ausgrenzung ist scheinbar selbstverständlich geworden, wobei es jedoch schwer für mich zu sehen ist, wie bereits die Jüngsten immer noch mit dem Antiziganismus zu kämpfen haben. Diesen Umstand zu verändern gilt mein ungebrochenes Engagement.«

* *Michael, 57 Jahre, Mitbegründer und 1. Vorsitzender vom 1. Sinti-Verein Ostfriesland e. V. Er engagiert sich seit über zehn Jahren für die Stärkung von Bildung und Teilhabe der Sinti im Landkreis Leer (Ostfriesland) und Niedersachsen.*

Perspektiven

Jetzt weiterlesen auf 10Perspektiven.asf-ev.de



Zum Projekt

Nach einer Gedenkstättenfahrt mit Sinti* aus Leer (Ostfriesland) im Oktober 2023 entstanden in Gesprächen zehn persönliche Texte, zehn Perspektiven. Die Menschen erzählen vom Leid und der Widerstandskraft ihrer Vorfahr*innen und schildern, wie ihre Familien mit der Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung, den Verlusten und den Folgen umgehen. Sie werfen auch einen Blick auf das er-

schütternde Ausmaß des heutigen Antiziganismus in Bildung, Gesundheit, Arbeit, Wohnungssuche, in öffentlichen und institutionellen Bereichen. Eindrucksvoll berichten sie von ihrem unermüdlischen Einsatz für Rechte, Anerkennung und Antidiskriminierung.

»10 Perspektiven« ist ein Projekt von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* in

Kooperation mit dem 1. Sinti-Verein Ostfriesland e.V. und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie Leben!« gefördert.

Sara Spring und in Vertretung **Janika Raisch** haben dieses ASF-Projekt koordiniert.

Mod und Anna

Mod Helmys Rettungswiderstand in der Shoah bricht bis heute viele Vorurteile.

Anne Scholz

September 2024. Es ist Herbst, die Sonne scheint durch die Bäume auf die Havel in der Nähe von Forde, einem beschaulichen Ort in Brandenburg. Es findet sich eine Gruppe von Neuköllner Stadtteilmüttern im Seminarraum zusammen. An diesem Wochenende sprechen wir über ihre Biografien, ihre Erlebnisse und wie diese »kleinen« Geschichten mit der großen, insbesondere mit der Geschichte des Nationalsozialismus, zusammenhängen. Im Laufe des gemeinsamen Biografie-Wochenendes, das den Abschluss unserer Seminarreihe zur Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und Antisemitismus darstellt, schauen wir auf die gemeinsame Seminarzeit mit Gedenkstättenbesuchen, Gesprächsrunden und biografischem Arbeiten zurück und stellen fest, dass die Lebenswege dieser Frauen und zahlreiche Biografien aus der Zeit des Nationalsozialismus viel verbindet: Die Erfahrung des Fliehens, des Ankommens und leider viel zu oft auch der Gewalt und der Ausgrenzung.

Eine Frage, mit der wir uns immer wieder in unseren Seminaren beschäftigen und die sich jede*r stellen sollte, ist: »Bin ich frei von Vorurteilen?«. Die Antwort fällt meist gemischt aus. Hakt man genauer nach, wird jedoch recht schnell deutlich, dass wir diese Frage eigentlich alle mit »Nein« beantworten müssten, denn wer ist schon frei von Vorurteilen? Wer hat nicht Bilder und Zuschreibungen im Kopf? Daher gilt es, unsere Teilnehmenden und uns selbst immer wieder aufs Neue zu animieren, diese Vorurteile zu hinterfragen, gefestigte Bilder aufzulösen, geistige Schubläden zu öffnen, Biografien und Geschichten kennenzulernen, die zeigen, wie viele Seiten ein jeder Mensch haben kann.

Gewünscht, verhasst, geduldet

Eine dieser Geschichten ist die von Mod (Mohamed) Helmy, der bis dato einziger Araber weltweit, der als Gerechter unter den Völkern ausgezeichnet wurde. Seine Geschichte beginnt 1901 in Khartoum, wo er als Sohn einer wohlhabenden ägyptischen Familie geboren wird. Sein Abitur absolviert er 1922 in Kairo und noch im gleichen Jahr wird Berlin zu seinem neuen Zuhause. Insbesondere in den 1920er-Jahren der Weimarer Republik besteht ein großes Interesse am »Orient« und dem

Islam. Diese Faszination äußert sich teilweise in menschenverachtenden, zooartigen »Orient-Schauen«, gleichzeitig kommen hunderte junger Menschen, meist Männer, aus dem Irak, Ägypten und Syrien als Gaststudenten nach Berlin. Sie werden durchaus mit offenen Armen empfangen und geschätzt. Das Deutsche und das Osmanische Reich sind strategische Partner. 1928 eröffnet die erste Moschee Deutschlands in Berlin-Wilmersdorf. Sie wird schnell zum Zentrum für in Berlin lebende Muslime, ist aber auch ein Ort der Begegnung. Denn hier finden sich Diplomaten, Gelehrte und Literaten zu Debatten und intellektuellem Austausch. So auch zahlreiche Jüdinnen*Juden.

Mohamed Helmy, der sich später nur noch Mod nennt, studiert erfolgreich Medizin. 1931 erhält er seine Approbation. Zu diesem Zeitpunkt arbeitet er bereits im städtischen Robert-Koch-Krankenhaus Moabit. Das Kollegium besteht zu zwei Dritteln aus jüdischen Ärzten. Einer von ihnen ist Georg Klemperer (ein Bruder von Viktor Klemperer). Er ist es, der Helmy einstellt und ihm damit die Chance gibt, die ihm andere, vermutlich wegen seiner Herkunft, verwehrt haben. Der 1. April 1933 ändert jedoch dieses kollegiale Miteinander unwiderruflich. SA-Truppen zerrren sämtliche jüdische Ärzte, teils selbst aus den OP-Sälen, heraus und ins Gefängnis, wo viele von ihnen gefoltert und gedemütigt werden. Bis Ende des Jahres sind fast alle jüdischen Ärzte entlassen.

Mod Helmy hingegen darf – obwohl nicht »Arier« – bleiben und wird sogar auf die Position seines ehemaligen jüdischen Vorgesetzten befördert. Doch bekommt auch Mod Helmy schon bald zu spüren, welcher ideologische Wind nun durch die Gänge des Krankenhauses weht. Er gerät zunehmend in Konflikte und ins Visier seiner linientreuen neuen Kollegen. Einerseits, weil er sich über deren teilweise eigentümlichen und gefährlichen Methoden beschwert, andererseits, weil er als nichtdeutscher Arzt ein Dorn in den Augen der Kollegen ist. So gehen Beschwerden gegen Helmy auf ministerialer Ebene ein und es werden Unterschriften für seine Entlassung gesammelt. Seine Kollegen erachten es unter anderem als »unerträglich«, dass ein »Orientale« deutsche Frauen behandelt. Allerdings scheinen gute diplomatische Beziehungen mit den arabischen Ländern wichtiger als die persönlichen,

rassistischen Einstellungen der Ärzteschaft. Helmy soll zunächst an der Klinik gehalten werden. 1937 wird sein Vertrag jedoch nicht verlängert, eine Habilitation wird ihm verweigert. Daher eröffnet er 1938 eine private Praxis, in der er auch jüdische Patient*innen weiter behandelt. Zu ihnen zählt auch Anna Boros' Familie. Sowohl die junge Anna als auch ihre Mutter Julie, ihr Onkel Martin und ihre Großmutter Cecilie überleben den Krieg untergetaucht in Berlin, alle samt mit Hilfe von Mod Helmy und seinen Unterstützer*innen.

Rettungswiderstand trotz Gestapo-Überwachung

1939 bis 1940 wird Helmy zwei Mal inhaftiert, weil er zum Spielball der deutsch-arabischen Diplomatie wird. Und obwohl ihm die Haft gesundheitlich schwer zusetzt, hält ihn das nicht davon ab, 1942 der damals 16-jährigen Anna in die Illegalität zu verhelfen. Ihrer Großmutter besorgte er bereits ein Versteck bei seiner Patientin Frieda Szturman. Für Anna hingegen hat er einen anderen, heiklen Plan. Aus der jüdischen Anna wird Helmys muslimische Nichte Nadja, die als seine Assistentin tagein tagaus für alle sichtbar in seiner Praxis mit ihm arbeitet. Sein ursprünglicher Plan Anna zu adoptieren, wird von den deutschen Behörden durchkreuzt. Nun konvertiert Anna zum Islam und heiratet anschließend einen Ägypter. Im nächsten Schritt versucht Helmy diese muslimische Ehe offiziell anerkennen zu lassen. Doch auch dieser Versuch scheitert. So müssen sie die gefährliche Tarnung aufrechterhalten und geraten in teils absurde und heikle Situationen. Immer wieder taucht die Gestapo bei Helmy in der Praxis auf. Sie ist auf der Suche nach Anna und wird von eben dieser, getarnt als junge Nadja, höflich um Geduld gebeten, wenn der Arzt gerade im Behandlungszimmer ist. Das Kopftuch Nadjas ist ihr größter Schutz.

1943 verschlägt es Mod Helmy und Anna dann nach Berlin-Buch in eine Gartenlaube. Da Helmy neben seiner Vertretungstätigkeit in einer Praxis in Charlottenburg noch eine Stelle in der Klinik in Buch annimmt und seine Wohnung in der Zwischenzeit einen Bombenschaden erlitten hat, scheint dies die sicherere Variante. Täglich fahren die beiden mit dem Auto in die Praxis nach Charlottenburg. Die Tarnung funktioniert fast perfekt. Doch eben nur fast, denn über Annas Mutter gelangt die Geschichte von Annas Tarnung an die Gestapo, die ihre Suche erneut aufnimmt und Helmy verhört. Dieser hatte Anna bereits einen Brief schreiben lassen, in dem sie beteuert ihn angelogen und ihre jüdische Identität verschwiegen zu haben.

Weiter steht im Brief geschrieben, sie sei auf dem Weg nach Dessau. Damit legen sie die Fährte nach Osten, wo die Rote Armee immer weiter vorrückt. Unterdessen wechselt Anna ihre Verstecke, da auch die Laube nicht mehr sicher ist. Erst einige Wochen später im Januar 1945 holt Helmy sie zurück nach Buch, wo sie gemeinsam die Befreiung erleben.

Anna heiratet nach dem Krieg noch in Deutschland und beginnt gemeinsam mit ihrem Ehemann, ihrer Mutter und ihrem Stiefvater ein neues Leben in den USA, wo sie 1986 stirbt. Auch Mod Helmy kann nach dem Krieg endlich seine langjährige Verlobte und Unterstützerin Emmy Ernst heiraten. Gemeinsam bleiben sie in Berlin, wo Anna sie sogar noch zwei Mal besucht. Der Kontakt zwischen ihnen bleibt ein Leben lang bestehen. 2013 werden Mod Helmy und Frieda Szturman von der Gedenkstätte Yad Vashem gemeinsam als Gerechte unter den Völkern ausgezeichnet. Zuerst findet sich niemand, der aus Mod Helmys Familie diese Ehrung des Staates Israel entgegennehmen will. Erst vier Jahre später wird die Auszeichnung an einen Großneffen Helmys in Berlin durch den israelischen Botschafter überreicht.

Es sind Vorbilder wie Mod Helmy, deren Handeln wir in unseren Seminaren diskutieren, um zu verdeutlichen, dass Menschlichkeit keine Vorurteile kennt. Seine Geschichte erstaut und begeistert immer wieder aufs Neue und setzt etwas in Bewegung. Mod Helmys Biografie, wie auch die anderer Menschen, die im Widerstand aktiv waren oder im Nationalsozialismus verfolgt wurden, bieten einen Zugang, den reine Fakten nicht vermitteln können. Unsere Teilnehmer*innen begegnen diesen Lebensgeschichten mit Bewunderung, Respekt und Empathie. Sie verdeutlichen aber vor allem eines: Menschliches Handeln war möglich, auch unter diesen Bedingungen. Somit dienen sie uns und unseren Teilnehmer*innen als Anregung das eigene Handeln zu reflektieren und kritisch zu hinterfragen.

Anne Scholz ist Projektkoordinatorin im ASF-Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft«.

Avidan, Igal (2017): Mod Helmy: Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete, München.

Steinke, Ronen (2017): Der Muslim und die Jüdin. Die Geschichte einer Rettung in Berlin, Berlin.

www.bpb.de/mediathek/video/333644/mohamed-und-anna

Zwischen Solidarität und Kontinuitäten der Diskriminierung

ASF-Freiwillige begleiten in allen Ländern Menschen, die oft an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden: Ältere und Arme, Geflüchtete und Obdachlose, Menschen mit Behinderungen oder Suchterkrankungen. Mitunter wird darin »nur« soziales Engagement gesehen, doch es gibt eine historische und politische Aktualität in dieser praktischen Solidarität, wie die Arbeit in den Niederlanden zeigt.

Zerbrechlichkeit und Emotion sind okay

Ich bin vor gut einem Jahr in eine Gemeinschaft gestoßen, in der jede*r sich sehr auffällig von den anderen unterscheidet. Die eine ist klein, der andere groß. Jemand liebt Reiten, jemand anderes Autos-Anschauen. Eine Person bastelt jeden Tag aufs Neue Insektenhotels, während die nächste in der Uni ist und Theologie studiert. Trotz dieser vielen Unterschiede hat hier jede*r seinen Platz und jede*r ist willkommen.

Mir war von Anfang an klar, dass ich hier in De Ark nicht in irgendeiner Wohngemeinschaft lebe, sondern in einer Familie, wo zwar niemand verwandt ist, aber im Herzen es doch alle sind. Es ist nicht immer einfach, mit zehn anderen Menschen zusammen zu wohnen. Im Haus Pelletier ist immer jemand da, es kann laut sein, wenn es nicht laut ist, ist es auf einmal zu still und jeden Abend läuft Shaun das Schaf, weil eine Person in unserer Mitte total verrückt danach ist.

Am Anfang des Jahres gab es die Sprachbarriere und natürlich war noch jede*r und alles für mich fremd, so wie ich selbst für jede*n und alles fremd war. Zu der Zeit habe ich mich oft einsam gefühlt und war mit meinem Niederländisch frustriert. Ab Januar begann aber alles besser zu fließen. Ich konnte mehr sprechen, selbstständiger arbeiten und spürte, dass auch meine Hausgenoss*innen mehr auf mich zukamen. Nach einem Jahr Zusammenleben weiß ich, dass ich ein zweites Zuhause gefunden habe und immer zurückkommen kann.

Meine Arbeit ist, wie die Leute hier sagen würden, sehr »gezellig«! Wir wohnen mit fünf Begleitpersonen und fünf Hausgenoss*innen, die verschiedene Behinderungen von Autismus bis Trisomie 21 haben. Jeden Montag ist mein Kochtag, dann bin ich für das Essen verantwortlich. Anfangs noch eine kleine Herausforderung, tue ich es nun gerne. Einmal in der Woche arbeite ich in unserer Werkstatt und Gärtnerei mit.

Besonders prägend war meine Begegnung mit Joey. Er ist blind, kann nicht sprechen und hat weitere Einschränkungen. Wir begleiten ihn eins zu eins. Davor lebte er bei seinen Pflegeeltern, die auf lange Sicht zu alt für diese Aufgabe sein werden. Ich konnte mit ihm durch seine Eingewöhnung gehen und dann das Jahr hindurch. Wir verbrachten häufig die Zeit vom Aufstehen bis zum Nachmittag miteinander, wenn die meisten außer Haus sind. Ich habe ihn morgens langsam geweckt, bin mit ihm auf die Toilette gegangen und habe ihn angezogen. Danach gab es immer Frühstück und etwas Hautpflege, was er sehr gerne mag. Vor oder nach dem Mittagessen sind wir, wenn das niederländische Wetter es zuließ, auf unseren täglichen Spaziergang gegangen, der mir persönlich am meisten Spaß gemacht hat.

An der Arbeit mit Joey finde ich besonders schön, dass man so klar weiß, wenn ihm etwas gefällt. Wenn Joey etwas nicht gern hat, fängt er häufig an sich selbst zu schlagen, was mich an-

fangs erschreckt hat, aber mittlerweile weiß ich, wie ich damit umgehen muss. Genauso deutlich wie er zeigt, wenn ihm etwas nicht gefällt, zeigt er allerdings auch, dass ihm etwas gefällt. Er fängt dann meistens an sehr laut zu lachen und wenn er das tut, macht das alle in seiner Nähe sofort glücklich. Es macht mir so viel Spaß, ihm mit kleinen Dingen, wie Essen oder Beatles-Hören, eine so große Freude zu bereiten. Immer wieder werde ich daran erinnert, diese kleinen Dinge im Leben viel mehr wertzuschätzen.

Joey hat mir gezeigt, dass es okay ist, Zerbrechlichkeit und Emotion zu zeigen und dass es immer Leute gibt, die einem eine helfende Hand reichen werden, wie schlecht man sich auch fühlt. Durch ein paar schwierige Momente mit Joey habe ich auch gelernt, wie wichtig es ist, Grenzen zu setzen und einzuhalten und dass vor allem schwierige Situationen Menschen zusammenschweißen. Alle Menschen hier bei De Ark haben mir gezeigt, dass Menschen mit Behinderung in erster Linie Menschen sind. Wo ich am Anfang Joey mit der Mehrfachbehinderung, Paulien mit Autismus und Eva mit Down-Syndrom gesehen habe, sehe ich jetzt Joey, Paulien und Eva. Ich hoffe, dass alle einmal im Leben eine so schöne Erfahrung machen dürfen.

Anna Eckholt war 2023/2024 ASF-Freiwillige in der Lebensgemeinschaft De Ark in Bloemendaal bei Haarlem. Ihr Dienst fand im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) statt.

Ein offenes Haus, ein kleiner Garten – neues Leben möglich machen

Damit ihr eine ungefähre Vorstellung bekommt, an was für einem wunderbar wilden Ort ich gelandet bin: Das Noëlhuis liegt in Amsterdam Zuidooost, einer Wohngegend mit geringen Einkommen rund sieben Kilometer vom Zentrum entfernt. Es ist eine Lebensgemeinschaft und ein Haus der Gastfreundschaft für illegalisierte Menschen. Neben sieben Mitgliedern der Kerngroep, die organisatorische Aufgaben übernimmt, wohnen hier auch geflüchtete Menschen ohne Papiere (Huisgenoten) aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern: um die 20 Leute, darunter ein Baby und drei Kinder und Jugendliche – plus: ein Kater und ein Hamster.

Die Huisgenoten werden dabei unterstützt, irgendwann eigenständig zu leben und Asyl und Papiere zu beantragen. Das Haus hat eine metaphorisch offene Tür, sodass auch Menschen von außerhalb vorbeikommen: um mitzuessen, Wäsche zu waschen, Post abzuholen, sich mit Essen zu versorgen oder einfach kurz Hallo zu sagen. Es herrscht ein reges Kommen und Gehen.

Das Konzept geht auf die Catholic Worker-Bewegung aus den 1930er-Jahren in den USA zurück. Mittlerweile gibt es weltweit verstreut Häuser und Projekte. Die Bewegung vertritt neben christlichem Anarchismus und Pazifismus auch Konzepte wie Praktische Hilfe und direkte Aktionen gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeiten.

Wie sieht mein Alltag aus? Neben Wocheneinkäufen und Lebensmittelbestellungen habe ich viele Aufgaben. Das Putzen und Kochen wird reihum auf alle Bewohner*innen verteilt. Alle zwei Wochen koche ich das Abendessen. Anfangs war das sehr herausfordernd. An einem Tag in der Woche bin ich »Worker«, gehe ans Telefon und an die Tür, um Spenden entgegenzunehmen. Seit einiger Zeit verwaltete ich auch die Datenbank des Projekts. Meine (Arbeits-)Zeit teile ich mir selbstständig ein und niemand kontrolliert aktiv, was ich wann mache. So viel Freiheit ist schön, es ist jedoch auch kompliziert, eine Balance zu finden.

Morgens, mittags und manchmal abends gibt es ein Gebet in unserer Hauskapelle. Das Angebot ist freiwillig. Es gibt meinem Tag eine Struktur. Zwei der Morgengebete sind in ab-

soluter Stille, die restlichen folgen in der Regel einer Liturgie. Besonders die Liturgie des Mittagsgebets mag ich sehr.

Für viele im Haus spielen persönliche Werte und Weltanschauung eine große Rolle, was des Öfteren für interessante Gespräche und Diskussionen sorgt: (Wie) funktioniert Pazifismus in Zeiten von Krieg und Terror? Wie gehen wir mit der Polizei bei Aktionen um? Ist Gebet zwecklos, wenn schon alles determiniert ist – ist es das? Was ist Freundschaft? Fragen, auf die ich keine Antwort habe und wahrscheinlich auch keine finden werde, doch die vielen Perspektiven und Standpunkte sind unfassbar spannend.

Jeden Freitag wird im Garten geschaufelt und geackert. Er liegt auf einem wilden Stück Land zwischen einer Kirche und einer Metrostation. Je nach Saison pflanzen wir Möhren, Chili, Mais und Kürbisse an, harken Laub. Ich gehe gern dort hin. Eine Feuerstelle bietet Möglichkeiten, zum Beispiel Vollmondlagerfeuer zu veranstalten und ist Ort eines ökofeministischen Gesprächskreises. Ein »Paradies«, das zur Rückbesinnung auf die Natur dient.

Die hier so vielfältig gelebte Konsumkritik beeindruckt mich und bringt mich zum Nachdenken: Was und wie viel brauche ich wirklich? Wie sehr hänge ich selbst an Dingen? Wann ist etwas reif, um weggeworfen zu werden? Worauf kann ich verzichten, besonders wenn es Umwelt und Klima belastet und (neo-)kolonialistische Ausbeutung nur verfestigt?

Neben diesem privaten Ansatz sind wir mit direkten Aktionen am Start: bei Straßenblockaden gegen fossile Subventionen, aber auch kleineren Aktionen wie unseren »steentje«-Picknicks, mit denen wir symbolisch und ganz praktisch an einem tristen Ort der Verwüstung neues Leben und Biodiversität möglich machen – an einem Kohlegleis im Amsterdamer Hafengebiet haben wir beispielsweise unzählige Kohlpflänzchen gesetzt, sozusagen Kohl gegen Kohle.

Karl Lammers war 2023/2024 ASF-Freiwillige*r im Jeannette Noëlhuis in Amsterdam. Der Dienst fand im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes (IJFD) statt.

Antonina Nikiforova

Geboren 1907 in St. Petersburg –
gestorben 2001 in St. Petersburg



Antonina Nikiforova, Mitte der 1930er-Jahre

Antonina Nikiforova wächst in St. Petersburg zeitweise in einem Kinderheim auf. Sie erarbeitet sich trotz großer Schwierigkeiten ihr Medizinstudium. Nach dem Kriegsausbruch wird sie in die Rote Armee eingezogen und gerät 1941 in Kriegsgefangenschaft. Als sie darauf beharrt, als Kriegsgefangene keine Zwangsarbeit zu leisten, wird sie 1944 mit anderen Rotarmistinnen ins KZ Majdanek gebracht. Ihr Zusammenhalt ist sehr stark. Als die Rote Armee vorrückt, werden sie ins KZ Ravensbrück verlegt. Dort muss sie im Krankenrevier arbeiten und tote Gefangene untersuchen. Sie sieht die Folgen der medizinischen Zwangsexperimente und erlebt furchtbare Zustände, doch diese Funktion schützt sie auch vor der Gewalt der KZ-Wachen. Auch hier ist die Solidarität unter den sowjetischen Kriegsgefangenen hoch, Antonina Nikiforova baut Kontakte zu politischen Gefangenen, auch aus anderen Ländern, auf.

»Es gibt einen **Starrsinn** in der **Seele**,
einen **Durst nach Kampf**.
Selbst wenn wir sterben, werden wir
nicht aufgeben.«



Begegnung mit einer Schulklasse einer Grundschule in Drohobytsch in der Nähe von Lwiw, 1964

Nach der Befreiung versorgt sie die Überlebenden medizinisch und schreibt ihre Aussagen auf. Das macht sie verdächtig in den Augen der sowjetischen Behörden. Nach zwei Monaten Haft wird sie entlassen und kehrt in die Sowjetunion zurück. Sie adoptiert ein Waisenkind und arbeitet als Pathologin. Lange sucht sie vergeblich einen Verlag für ihre Lagererinnerungen. Doch 1956 wird ein erster Artikel publiziert, zahlreiche Mitgefangene melden sich und sie sammelt ihre Erinnerungen. Als Zeitzeugin ist sie Zeit ihres Lebens aktiv.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zumfeindgemacht.de



Rotarmistinnen

Bis zu einer Million Frauen kämpfte im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee – vor allem, aber nicht nur im Sanitätsdienst. Viele meldeten sich freiwillig, was dem Bild der »neuen Sowjetfrau« entsprach. In das NS-Frauenbild passten sie hingegen absolut nicht. Sie wurden als »Flintenweiber« abgetan, den Status als kriegsgefangene Soldatinnen sollten sie nicht zugestanden bekommen. Die Nazis unterstellten den »entarteten« Frauen besondere Grausamkeit und rechtfertigten so gezielte Gewalttaten, wie schwere Misshandlungen und sofortige Erschießungen bei Gefangennahme. Nach Kriegsende wurde die Leistung dieser Frauen gemäß dem stalinistischen Geschichtsbild an den Rand gedrängt.

Lebenswege zwischen
Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung



Text und Bilder kuratiert vom Bundesverband
Information & Beratung für NS-Verfolgte

Bestraft und vergessen

Wer Zwangsarbeit für die Deutschen verrichten musste oder in Kriegsgefangenschaft geriet, tat gut daran zu schweigen.

Ute Weinmann

Die Bürokratie und der Staatsschutz im sozialistischen Russland hatten die Bürger*innen fest im Griff. Sie interessierten sich für kleinste Details und bestimmten über den Wohnort, die Arbeitsstelle, Karrierechancen und letztlich den gesamten Lebensablauf. Noch bis weit in die 1990er-Jahre hinein, als die Sowjetunion längst aufgehört hatte als Staat zu existieren, musste in bestimmten Fällen Auskunft über den eigenen Verbleib oder den von nahen Angehörigen während des Zweiten Weltkriegs erteilt werden. Schon der bloße Aufenthalt in von der Wehrmacht besetztem Gebiet – das betraf rund 70 Millionen Menschen – konnte sich nachteilig auswirken.

Zwischen 1943 und 1953 fielen über 350.000 Urteile wegen Kollaboration. Wer etwa ins Deutsche Reich zur Zwangsarbeit oder während der Kriegsgefangenschaft verschleppt wurde, geriet unter Generalverdacht der Spionage und des Landesverrats. Vor der Rückkehr in die Sowjetunion musste eine sogenannte Filtration – eine geheimdienstliche Überprüfung – durchlaufen werden. Ein gewisser Teil kehrte nicht zurück, darunter etwa 180.000 Kriegsgefangene und aus dem Baltikum oder Belarus stammende Personen, die das Kriegsende in von den Westalliierten besetzten Gebieten erlebten und dort nicht als Sowjetbürger*innen galten. Andere sowjetische Displaced Persons, die sich aus Angst einer Rückkehr verweigerten, wurden von den Westalliierten unter Zwang überstellt. So blieb den meisten gar keine andere Wahl oder aber sie wollten zurück zu ihren Familien. Zudem war die sowjetische Führung wegen des Wiederaufbaus dringend an Arbeitskräften interessiert.

Unterschiedliche Lebenswege, aber immer Stillschweigen

Die Biographien der Rückkehrer*innen verliefen sehr unterschiedlich. Ein Teil konnte an den früheren Wohnort zurückkehren, andere wurden zur Armee eingezogen, mussten Zwangsarbeit verrichten oder verbüßten weit weg von der Heimat lange Haftstrafen im GULAG. Doch selbst wem dieses Schicksal erspart geblieben war, musste sich ein Leben lang

auf negative Konsequenzen gefasst machen. In der sowjetischen Gesellschaft existierte keine Option, um sich des Stigmas zu entledigen.

Aus Angst vor einer Entlarvung durch Bekannte, Nachbar*innen oder Arbeitskolleg*innen hielten die Betroffenen es für angebracht Schweigen zu bewahren. Aus der biographischen Forschung über sogenannte »Ostarbeiter*innen« ist bekannt, dass sie sich oft selbst nahestehenden Personen nicht anvertraut haben. Auch ohne Gerichtsurteil kommt dies einer harten Strafe gleich. Der nicht selbst verschuldete Lebensweg von Millionen von Menschen geriet somit für die folgenden Jahrzehnte in Vergessenheit – im Nachkriegsdeutschland wurden diese Opfergruppen erst recht verdrängt.

Noch heikler stellt sich die Situation von ehemaligen Kriegsgefangenen dar. Unter Stalin galt in der Roten Armee ein striktes Rückzugsverbot, wer in Gefangenschaft geriet, machte sich verdächtig. In der »Tauwetterperiode« nach seinem Tod versprach zwar 1956 eine Kommission eine Neubewertung ehemaliger Kriegsgefangener – die jedoch nur wenige Betroffene rehabilitierte. Immerhin erhielt dieses Thema für kurze Zeit öffentliche Aufmerksamkeit. Aber erst im Vorfeld des 50. Jahrestages des Kriegsendes 1995 erließ der damalige Präsident Boris Jelzin ein Dekret, das beide Verfolgengruppen vollständig rehabilitierte.

Es dauerte noch über 20 Jahre, bis 2017 in Woronesch erstmals eine umfangreiche Ausstellung zum Thema Kriegsgefangenschaft stattfinden konnte. Daraus wurde ersichtlich, wie unterschiedlich der Umgang in der Praxis gehandhabt wurde. Trotz Karrierehindernissen fanden sich unter Kunstschaffenden, Parteitagsdelegierten und mit Orden ausgezeichneten Bürger*innen etliche ehemalige Kriegsgefangene. Gleichzeitig konnten Heizer oder Lokführer mit der gleichen Vergangenheit ihre Arbeit verlieren, unter dem Vorwand womöglich Sabotageakte zu verüben. Bis zu einer umfangreichen Aufarbeitung ist es noch ein langer Weg.

»Ein tolles Kollektiv!«

Sergej Bogdanow im Gespräch über den Status als doppelt Verfolgter in der Sowjetunion

Sergej Nikolajewitsch Bogdanow ist ein echter Leningrader. Diesen Umstand betont der 1926 in der nördlichen russischen Metropole geborene ehemalige Zwangsarbeiter, weil er ihm in jungen Jahren Auswege in vielen schwierigen Lebenslagen bot. Doch das bewahrte ihn nicht vor doppelter Verfolgung. Sein Vater wurde 1937 als »finnischer Spion« im Keller des Leningrader NKWD erschossen. Zusammen mit seiner Mutter, die einer verarmten Adelsfamilie entstammte, wurde er zunächst nach Kasachstan umgesiedelt, bevor sie sich in Rschew niederließ. Nach der Wehrmachtbesetzung kam er 1942 nach Halberstadt, wo er bei Junkers Zwangsarbeit leisten musste.

Wie erging es Ihnen nach Kriegsende?

Den Sommer über war ich vor allem für die Entlassung der ehemaligen Zwangsarbeiter zuständig. Wir mussten eine behördliche Überprüfung über uns ergehen lassen. Alle hatten wir für die Deutschen gearbeitet, wir waren also Verräter. Aber dort spielte das keine Rolle, erst beim Abtransport, als viele hinter den Ural verschickt wurden. Westukrainer wurden in entfernte Gebiete verfrachtet. Da ich inzwischen volljährig war, wurde ich für fünf Jahre zur Armee eingezogen, die ich größtenteils in Deutschland verbrachte.

Wie haben Sie es geschafft wieder in Leningrad leben zu dürfen – in der Sowjetunion konnte man ja nicht einfach in eine Metropole ziehen?

Ich entschied mich gegen das Angebot, in der Armee zu bleiben. Man fragte mich, wo ich stattdessen hinwolle: Nach Leningrad, da komme ich schließlich her. Sie konnten das zwar nicht nachprüfen, trotzdem habe die Erlaubnis bekommen mich dort zu melden. So konnte ich endlich ein normaler Teil der Gesellschaft werden. Meine Mutter musste als Krankenschwester für die Deutschen in einem Lazarett in Estland arbeiten. Auf Fragen bei der Filtration [der geheimdienstlichen Überprüfung, Anm. d. Red.] hat sie nicht geantwortet, sondern gleich ihre goldene Uhr, ein Hochzeitsgeschenk von meinem Vater, auf den Tisch gelegt. So erhielt auch sie die Genehmigung für Leningrad. Alles ist käuflich.

Gab es Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche?

Im Rundfunk, wo sie bis 1936 als Hauptbuchhalterin angestellt war, konnte sie natürlich nicht mehr arbeiten. Stattdessen hat sie als Buchhalterin in einer Hausverwaltung angefangen und mir eine Lehre für Elektrotechnik besorgt. Parallel habe ich in der Abendschule mit einer goldenen Medaille abgeschlossen. Danach hätte ich am elektrotechnischen Institut studieren sollen, aber nachdem ich meinen Lebenslauf dargelegt hatte, sollte ich mir einen anderen Studienplatz suchen. Danach war alles ganz einfach. In dem Haus, in dem meine Mutter arbeitete, wohnte Jekaterina Petrowna Danini. Sie hatte italienische Wurzeln,

unterrichtete Chemie am Institut für Tieftemperatur- und Lebensmitteltechnologien und war vom gleichen Schlag wie meine kontaktfreudige Mutter. Mit meinem hervorragenden Zeugnis wurde ich in ihrem Beisein ohne Aufnahmeprüfung akzeptiert. Meinen Lebenslauf nahmen die Verantwortlichen schweigend zur Kenntnis. Dieses Institut war für mit Mankeln behaftete Leute wie mich da, und für Juden. Ein tolles Kollektiv! Dort musste ich nichts verheimlichen.

Haben Sie Situationen erlebt, wo es Ihnen unangenehm war, über diese »Mankel« offen zu sprechen?

Für die Beförderung zum Stellvertreter des Dekans meiner Fakultät auf Empfehlung meines Vorgesetzten sollte ich Parteimitglied werden. Zum Aufnahmeverfahren gehörte es, den eigenen Lebenslauf vor großem Publikum darzulegen. Aber als es soweit war, ertönten Rufe im Saal: »Das braucht es nicht! Wir kennen ihn doch!« Also habe ich dort nichts über mich erzählt, auch wenn das absurd klingt. Am Ende wurde ich sogar noch zum Prorektor befördert. Warum der Institutsleiter dieses Risiko eingegangen ist, weiß ich nicht.

Ute Weinmann hat bis 2022 ASF-Freiwillige in Russland begleitet.

Zwischen allen Fronten

Das vergessene Schicksal der Zivilbevölkerung der Normandie während der Kämpfe im Sommer 1944

Valentin Schneider

Auf den ersten Blick hat das Städtchen Vire nur wenig mit dem D-Day, der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 zu tun. Tief im grünen, von dichten Hecken geprägten Hinterland gelegen, rund 60 Kilometer südlich von Omaha Beach, befindet sich der Ort heute fernab der traditionellen Routen des Gedenktourismus. Und doch wird auch hier der Landung gedacht, allerdings im Zeichen der Trauer: um die rund 400 Einwohner*innen der Stadt, die bei alliierten Fliegerangriffen am 6. und 7. Juni 1944 ums Leben kamen. Wo andernorts mit Jazzmusik und Fahrzeugparaden die Befreiung zelebriert wird, erklingt in Vire am 6. Juni die traurige Melodie der Sonnerie aux Morts. Die Stadt war für die Deutschen ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, 95 Prozent der historischen Bausubstanz wurde zerstört. Heute prägen Neubauten das Stadtbild.

Viele Städte der Normandie, darunter Lisieux, Caen, Falaise, Flers und Pont-l'Évêque erfahren 1944 ein ähnliches Schicksal. Aktuelle Schätzungen zufolge kamen zwischen 25.000 und 39.000 zivile Bewohner*innen der Normandie im Rahmen der Kampfhandlungen 1944 ums Leben, davon zwischen 11.000 und 19.000 bei der alliierten Bombardierung der Region im Vorfeld der eigentlichen Landung. Angesichts der hohen Opferzahlen, die sich in ihrer Größenordnung durchaus mit den weit aus bekannteren deutschen Bombardierungen Großbritanniens («The Blitz») vergleichen lassen, stellt sich die Frage, wie diese international verzerrte Wahrnehmung einzuordnen ist.

Nationaler Siegesmythos, Kalter Krieg und lokales Totengedenken

Die Erinnerung in der Normandie erfuhr in den letzten Jahrzehnten durchaus einen Wandel und unterschied sich vor Ort auch von den nationalen Diskursen. Zunächst steht in der Literatur vor allem das Militärische im Vordergrund. Ähnlich wie

bei den Kämpfen auf Kreta oder in Nordafrika scheint es sich vor allem um eine Auseinandersetzung zwischen den (West-)Alliierten und deutschen Truppen zu handeln. Im militärhistorischen Narrativ wird der Zivilbevölkerung meist wenig bis gar kein Platz eingeräumt: Auf alliierter Seite wird dies damit begründet, dass man die Zivilbevölkerung mit Flugblättern hinreichend vor den Bombardierungen gewarnt habe; auf deutscher Seite heißt es, die Zivilbevölkerung wurde aus dem Kampfgebiet evakuiert, einerseits aus humanitären Gründen, andererseits um eventueller Spionage entgegenzuwirken. Die Zivilbevölkerung wurde somit zu einer vernachlässigbaren Variable degradiert: Denn bei der Bombardierung der nordfranzösischen Städte, übrigens nicht nur in der Normandie, ging es den Alliierten um zwei Dinge. Einerseits wollte man den Deutschen die Nachschubwege zu den Brückenköpfen an der Küste versperren. Andererseits wurden auch weit entfernte Städte bombardiert, um die Deutschen über den eigentlichen Ort der Landung im Unklaren zu lassen.

Zudem vertrauten die Alliierten, vor allem die Amerikaner, der französischen Bevölkerung zunächst keineswegs uneingeschränkt, die Furcht vor Kollaborateur*innen war verbreitet. Den Alliierten ging es in erster Linie nicht um die Befreiung Frankreichs zugunsten der Franzosen, sondern darum, durch Nordfrankreich ins Deutsche Reich vorstoßen zu können.

Doch neben der untergeordneten Rolle der Zivilbevölkerung in der Erinnerung der kriegführenden Parteien, spielte das Schicksal der (unbewaffneten) Franzosen während der Kämpfe in der Normandie auch im nationalen Narrativ lange Zeit kaum eine Rolle. »Nach diesem Kataklysmus [der Urkatastrophe, Anm. d. Redaktion] sehnten sich die Normannen nur noch danach, den Krieg loszuwerden. Die Amerikaner strebten den Endsieg an und kümmerten sich nicht mehr um die Gemütslage der Einwohner«, so der Historiker Stéphane Lamache.

Gleichzeitig verfolgte General de Gaulle das Ziel, Frankreich, das 1940 von den Deutschen besiegt worden war, einen Platz unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zu sichern. Neben dem tatsächlichen Einsatz Freier Französischer Verbände bedurfte es hierzu einer ruhmreichen Erzählung. Sie sollte jenseits vom Opfernarrativ auch die durch Niederlage und Besatzung, durch Widerstand und Kollaboration, zutiefst gesplante französische Gesellschaft in der Nachkriegszeit zusammenhalten. Dies war die Geburtsstunde des »mythe résistancialiste«, des Widerstandsmythos, demzufolge sich alle Franzosen bis auf wenige Ausnahmen von Kollaborateur*innen, mehr oder weniger am Widerstand beteiligt hätten. In dieser Erzählung war kein Platz für zivile Opfer, sondern nur für jene, die sich im Geiste der kämpferischen »France combattante« den Freien Französischen Streitkräften anschließen würden.

Diese Erzählung vom siegreichen Frankreich ließ nicht nur die zivilen Opfer aus der Erinnerung verschwinden, sondern auch weitere Opfergruppen, wie die weit über eine Million französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen, die sich 1944 noch in Deutschland befanden. Emmanuel Thiébot, Leiter des 2016 in Falaise gegründeten Mémoriaux der Zivilisten im Krieg stellt fest, dass die Bevölkerung in der Erinnerung letztlich »das gleiche Schicksal wie die ›Abwesenden‹, die sich bei der Befreiung nicht mehr im Land befanden«, erlitt: »Alle hatten den Wunsch, ihre Leiden zu erzählen. Aber der Staat sagte ihnen, ihr seid vielleicht witzig, wir haben hier ein Land wieder aufzubauen, eure kleinen Geschichten werden beiseitegelegt.« Die Erzählung der »France combattante« fand so eine Fortsetzung im Narrativ der »Reconstruction«, des Wiederaufbaus aus eigener Kraft.

De Gaulle war überzeugt, dass Frankreich nur zu altem Glanz zurückfinden konnte, wenn es seine Rolle als Siegermacht verinnerlichte. Später als Präsident blieb er gar der internationalen Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag 1964 demonstrativ fern – auch vor dem Hintergrund der französischen Emanzipationsbemühungen gegenüber den westlichen Alliierten und des vorübergehenden NATO-Austritts Frankreichs.

Erstaunlicherweise konnte jedoch de Gaulle der Entwicklung einer stark anglophil gefärbten Erinnerungskultur in der Normandie nicht nachhaltig entgegenwirken. Sie entstand vor Ort einfach »von unten«: So beruhten die großen internationalen Gedenkveranstaltungen anfangs hauptsächlich auf Initiativen aus der Lokal- und Regionalpolitik.

Internationaler Gedenktourismus, aber auch Erinnern an Marginalisierte

Mit den Jahren stieg das internationale Interesse an dem Gedenken in der französischen Provinz, es fand seinen vorläufigen Höhepunkt zum 50. Jahrestag 1994. Damals war allerdings zunächst kein Platz für eine kritische Auseinandersetzung mit den alliierten Bombardierungen französischer Städte – wie schon in den Jahrzehnten zuvor: Einerseits weil man während des Kalten Kriegs im Westen auch erinnerungspolitisch keinen Zwist säen wollte, andererseits, weil man die touristische Entwicklung der Region, die maßgeblich von den Gedenkveranstaltungen und dem damit verbundenen Gedenktourismus profitierte, nicht negativ beeinflussen wollte.

Erst in den letzten Jahren kam es zu einer kritischeren Betrachtung der alliierten Bombardierungen der Normandie 1944. So wurde anlässlich des 70. Jahrestages 2014 im Rahmen der offiziellen französischen Gedenkzeremonie in Caen, in Anwesenheit des damaligen Präsidenten François Hollande, der zivilen Opfer der Kämpfe gedacht. Auch wenn die Erinnerung an die Opfer in den betroffenen Ortschaften bereits seit dem Ende der Schlacht gepflegt wurde, kam es damit 2014 erstmals zu einer breiteren Auseinandersetzung mit dieser Frage auf nationaler Ebene – dies auch vor dem Hintergrund der kritischen Betrachtung der Rolle der USA und Großbritanniens im Irakkrieg zwischen 2003 und 2011. Hinzukommt, dass in den letzten Jahren die tradierte Veteranenkultur aufbricht und beispielsweise stärker auch an andere marginalisierte Gruppen wie People of Color oder Indigene unter den alliierten Besatzungssoldaten erinnert wird, oder auch an deutsche Kriegsgefangene, die nach 1944 in der Normandie etwa bei lebensgefährlichen Minenräumungen eingesetzt wurden.

In Deutschland steht man auch heute noch einer Aufarbeitung der Rolle der Alliierten im Luftkrieg in Europa oftmals ablehnend gegenüber, um nicht einer rechten revisionistischen Kriegsrhetorik in die Hände zu spielen, vor allem mit Blick auf die verheerenden Flächenbombardements deutscher Städte. Und so bleibt die Frage der zivilen Opfer der Kämpfe in der Normandie 1944 in Deutschland bis heute größtenteils unbekannt.

Dr. Valentin Schneider ist Historiker. Er studierte und promovierte an der Universität Caen mit einer Arbeit über die deutsch-französischen Kontakte in der Normandie durch deutsche Besatzungssoldaten und spätere Kriegsgefangene.

Was ist die Steigerung von unterkommuniziert?

Mamma Karasjok und Anna Makkvatnet – wie zwei Frauen der vergessenen Geschichte der Sámi im Zweiten Weltkrieg ein Gesicht geben.

Doris Wöhncke

Die meisten von uns kennen sie: jene exotischen Rentierhirt*innen im Norden Europas, ihre Tradition lebend, der Kälte trotzend. Dieses romantisierte Bild der indigenen Minderheit, den Sámi, deren traditioneller Lebensraum wesentlich weiter südlich (bis hinter Trondheim) reicht, als man denkt, prägt nicht nur das Bild, das wir heute von jener indigenen Minderheit Norwegens haben, sondern auch, wie wir auf ihre Geschichte blicken. Nämlich ebenfalls verklärt. Diese starken Menschen, denen nichts etwas anhaben konnte, weder der arktische Winter, noch die deutsche Besatzung des Landes im Zweiten Weltkrieg, behalten ihre Geschichte scheinbar für sich. Doch wesens Aufgabe ist es eigentlich, Geschichte zu kommunizieren, Opferperspektiven zu beleuchten und für die Nachwelt als Mahnung zu bewahren?

In Norwegen herrscht heute größtenteils Konsens, dass die Geschichte der Zerstörung der Finnmark und Nord-Troms' beim deutschen Truppenrückzug im fernen Nordosten des Landes unterkommuniziert ist (im Gegensatz zur Exilgeschichte des Königs beispielsweise). Demgegenüber ist die Geschichte der Sámi so gut wie gar nicht kommuniziert. Das überrascht nicht, denn die Minderheit war auch vor und nach der deutschen NS-Besatzung staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Doch Norwegen tat sich lange mit der Aufarbeitung der systematischen Verödung der sámischen Sprache und Tradition schwer. Für die Rolle der Sámi im Krieg blieb da noch viel weniger Aufmerksam-

keit. Dies lässt sich im erschütternden Bericht der Nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission nachlesen, die im Auftrag des Parlaments geforscht hat. Dreißig Stunden lang wurde dieser Bericht, der von Sprach- und Kulturverbot, Zwangsadoptionen, Rassismus und Diskriminierung zeugt, von Ehrenamtlichen 2023 im Osloer Nationaltheater vorgelesen.

Es gibt viel aufzuarbeiten. Hinzu kommt dann noch die Erzählung vom Krieg und seinen Folgen für die Minderheit, worüber nichts in den Lehrplänen der Schulen steht, worüber es kaum eine Hand voll Fachbücher oder ein interessiertes Publikum gibt. Auch das ist eine Folge der fortwährenden Diskriminierung.

Kaum jemand weiß, dass die sogenannte Rassenideologie als Diskriminierungsform gegenüber den Sámi vor allem von norwegischer Seite kam. In der Vorkriegszeit wurden zudem unter anderem die Schädelknochen der Sámi vermessen – lebend wie tot. Die Überlegenheit des weißen Mannes sollte auch wissenschaftlich belegt werden. Sámische Friedhöfe wurden zu Forschungszwecken geschändet, Schädelknochen von Verstorbenen verschleppt. Sie sind bis heute nicht zurückgegeben worden, ihr Verbleib: unbekannt. Zu einem Teil sollen sie sich in der Berliner Charité befinden. Die deutsche Besatzung hingegen kümmerte sich wenig um die »sámische Rasse« als Gefahr für die arische, man lebte ohnehin in Parallelgesellschaften, eine »Vermischung« galt nicht als

reale Gefahr. So blieb das Verhältnis zwischen den Sámi und der Wehrmacht durchwachsen, zwischen dem touristischen Blick auf die »Exoten« und Skepsis gegenüber dieser unberechenbaren Gruppe von Menschen. Immer wieder waren die Besatzungstruppen aber auch auf die Kenntnisse dieser naturnah lebenden Menschen angewiesen, auf ihre Ortskundenschaft oder beim Transport über unwegsames Gelände. Doch die Sámi spielten für viele Menschen in Not eine entscheidende Rolle. Nur kennt diese Geschichte kaum jemand.

Unerzählte Geschichte hat sehr wohl Gesichter

Dabei hat diese unerzählte Geschichte sehr wohl auch Gesichter. Es gibt Zeitzeug*innen, die ihre Erlebnisse erzählen durften, deren Berichte niedergeschrieben wurden. Zwei von ihnen sind starke Frauen: Kirsten Svineng ging unter dem Namen Mamma Karasjok in die Geschichte ein, sofern man ihre Geschichte denn findet. Ihren Namen erhielt sie von den jugoslawischen Kriegsgefangenen, denen sie in ihrem Heimatort Karasjok unter Einsatz ihres Lebens Nahrung zusteckte. Hier war eines von vielen Strafgefangenenlagern im Norden, wo auch hunderte Jugoslawen inhaftiert wurden. Weil man sie als Teil des jugoslawischen Widerstands ansah, wurden sie wesentlich brutaler und menschenverachtender behandelt als andere Kriegsgefangene. Teil ihrer Strafarbeit war es, eine Straße von Karasjok ins nahegelegene Finnland zu

bauen. Diese Straße wurde schnell nur »blodvegen«, der Blutweg, genannt. Etwa 70 Prozent der jugoslawischen Gefangenen starben in den Lagern. Kirsten ließ den Jugoslawen Nahrung und Kleidung, die sie von ihren eigenen Schafen gewann, zukommen – dazu sammelte sie heimlich im Ort Lebensmittel wie Brot, Fisch und Fleisch, um sie heimlich entlang der Arbeitsroute der Gefangenen zu deponieren. Zudem half sie als Fluchthelferin mehreren Jugoslawen über die Grenze nach Finnland – doch nicht alle Fluchtversuche waren erfolgreich. Nicht nur die jugoslawischen Gefangenen wurden auf Kirstens Taten aufmerksam, auch die deutschen Soldaten durchschauten ihr Vorhaben immer wieder – und trotz der großen Gefahr, der sie sich aussetzte, machte sie sich bei den häufigen Besuchen deutscher Soldaten auch mit Worten für das Schicksal der Jugoslawen stark.

Als die Besatzungstruppen bei ihrem Rückzug in der Finnmark im Herbst 1944 »verbrannte Erde« hinterließen und die Bevölkerung zwangsevakuieren wurde, versteckte sich Kirsten mit befreundeten Familien in den Bergen und harrte im arktischen Winter bis zum Kriegsende im Mai 1945 aus. Danach half sie beim Wiederaufbau ihrer Heimat. Ihre Heldinnen-taten wurden mit der höchsten Ehre auszeichnung durch den jugoslawischen Präsidenten Josip Tito 1957 ausgezeichnet.

Anna Pedersdatter, auch Anna Makkvatnet genannt, war das älteste von sieben Kindern und wuchs auf der Insel Hamarøy auf. Nach dem frühen Tod ihrer Eltern wurde sie als Dienstmädchen auf einen Hof vermittelt, wo sie etwa hinter

dem berühmten norwegischen Autoren Knut Hamsun herräumte, übrigens Befürworter der NS-Besatzung und Mitglied der norwegischen NS-Partei Nasjonal Samling. Anna lebte, als der Krieg begann, auf einem abgelegenen Hof, der schnell zu einem Umschlagplatz für Flüchtende wurde. Hier versteckte sie Menschen und half ihnen mithilfe ihres Netzwerks aus sámischen Fluchthelfer*innen über die Berge ins neutrale Schweden. Etwa 3.000 Menschen flüchteten im Laufe des Krieges über diese Route, darunter viele polnische und sowjetische Kriegsgefangene, aber auch westeuropäische Zwangsarbeiter*innen und deutsche Deserteure. Sie wurde nie für ihren Einsatz geehrt, sie fand erst viele Jahre nach ihrem Tod etwas mehr Anerkennung.

Kirsten und Anna sind zwei von vielen. Viele Sámi haben im Krieg alles verloren – darunter jene, deren Rentierherden von der NS-Besatzung getötet wurden und die Jahrzehnte brauchten, um sie wieder aufzubauen – ohne jede staatliche Unterstützung. Oder jene, die im Zuge des sogenannten Gleichheitsidealismus in der Wiederaufbauzeit den letzten Halt ihrer eigenen Kultur verloren, weil sie in die Schablone des »echten guten Norwegers« gezwängt wurden.

Das Wiederaufbaumuseum in Hammerfest ist einer der wenigen Gedenkorte, die an diese marginalisierten Geschichten erinnern und sie an ein breites Publikum vermitteln. Seit 2020 gibt es dort eine Freiwilligenstelle. So trägt ASF alltäglich zur Auseinandersetzung mit allen Seiten der Kriegszeit bei, den deutschen NS-Verbrechen und ihren unterschiedlichen Folgen für die verschiede-

nen Teile der norwegischen Gesellschaft. Dank dieser Kooperation gelangt das Thema auch in die ASF-Seminararbeit – mit großem Anklang.

Es ist dabei wichtig, sich auch den tabuisierten Aspekten der NS-Besatzung wie dem Umgang mit den Sámi, der Kollaboration oder den Kindern aus deutsch-norwegischen Beziehungen zu stellen, ohne darüber die deutsche Verantwortung für diesen Weltkrieg und die NS-Verbrechen zu relativieren. In ihrem Freiwilligenjahr lernen die Freiwilligen in alltäglichen Begegnungen, den Landesmedien, aber auch an Gedenkorten wie in Hammerfest diese Geschichte(n) auf komplexere und zugleich konkretere Weise, als sie es im Geschichtsunterricht je können.

So können wir der beiden starken Frauen und der vielen anderen namen- und gesichtslosen Menschen gedenken, die im Krieg Mut und Mitmenschlichkeit bewiesen haben. Solchen Menschen verdanken wir heute alles. Weder Anna noch Kirsten heirateten oder bekamen Kinder. Sie wurden 86 und 88 Jahre alt. Sie erzählten ihre Geschichten, wenn sie danach gefragt wurden, aber prahlten nicht damit. Ihr Leben war durchweg von ihrem Glauben, von ihrer Nächstenliebe und von ihrer Mitmenschlichkeit geprägt. Wir wissen nicht, wie viele Leben die beiden gerettet haben, aber wir wissen, es waren viele. Danke Kirsten, danke Anna!

Doris Wöhncke wurde in Kirkenes ganz im Norden Norwegens geboren und wuchs im sámischen Tana auf. Sie ist ASF-Landesbeauftragte für Norwegen. Davor war sie am Wiederaufbaumuseum in Hammerfest tätig.



Ludwig im Deserteurdenkmal Hamburg, 2015

Ludwig Baumann

Geboren 1921 in Hamburg – gestorben 2018 in Bremen

Ludwig Baumann wächst in Hamburg unter einem strengen Vater auf. Nach dem Tod seiner Mutter rebelliert er und verweigert sich der Hitlerjugend. Doch er kann den Kriegsdienst nicht verweigern und kommt mit 19 Jahren zur Kriegsmarine. Schon am ersten Tag fällt er durch seine rebellische Art auf und wird dafür schikaniert. Später ist er in Frankreich postiert, wo er sich mit Franzosen anfreundet.

Ausgerechnet ein NS-Propagandafilm, in dem das Regime über die Erfolge der Wehrmacht in der Sowjetunion tönt, lässt ihn erkennen, dass er sich an diesem Verbrechen nicht beteiligen will. Im Juni versucht er mit einem Freund und der Hilfe des französischen Widerstands zu desertieren. Sie werden verhaftet und gefoltert, doch Ludwig verrät seine Helfer nicht. In Bordeaux wird er wegen »Fahnenflucht im Felde« zum Tode verurteilt. Sein Vater interveniert und das Urteil wird in eine Gefängnisstrafe umgewandelt.

»Ich wollte da nicht mitmachen. Und das ging sehr wohl.«

Er kommt ins KZ Esterwegen und später ins Wehrmachtsgefängnis Torgau an der Elbe. Er erkrankt an Diphtherie. 1944 kommt er in ein Strafbataillon an die Ostfront. Nach einer Schussverletzung versucht er sich zu verbrühen, um nicht wieder in die Kämpfe geschickt zu werden.

Schwer traumatisiert kehrt er in seine Heimatstadt zurück, wird jedoch in der Nachkriegszeit als Deserteur geschnitten. Er gründet eine Familie und arbeitet als Handelsreisender. Erst durch die US-Serie »Holocaust« versteht er sich auch selbst als NS-Verfolgten und engagiert sich in der Friedensbewegung und für die Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz. 2015 kann Ludwig Baumann in Hamburg ein Mahnmal für diese NS-Verfolgten einweihen.



Mehr zu diesem Lebensweg:
www.zumfeindgemacht.de



Deserteure: lange angefeindet, spät rehabilitiert

Kriegsdienstverweigerung, »unerlaubte Entfernung« oder auch »wehrkraftzersetzende Äußerungen« waren nach NS-Recht strafbar. Die Desertion war für das Regime eine besonders schwere Straftat. Wenn die Soldaten länger als drei Tage unerlaubt fehlten, war das »Fahnenflucht« und wurde mit lebenslanger Haft oder häufig auch dem Tode bestraft. Die Wehrmachtsangehörigen wurden von Militärgerichten verurteilt. Zu Kriegsende verschärfte sich die Repression. »Fliegende Standgerichte« verurteilten nun auch Zivilist*innen in willkürlichen Verfahren, etwa weil sie Familienangehörige vor der Einberufung versteckt oder kapituliert haben sollten.

1998 erstreitet die »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz« die Aufhebung vieler Unrechtsurteile, die Schuldsprüche wegen »Fahnenflucht« werden jedoch erst 2002 aufgehoben.

Gedenkstätte des Wehrmachtsgefängnis in Torgau, 2020

Lebenswege zwischen
Verfolgung, Verdrängung,
Protest und Anerkennung



Text und Bilder kuratiert vom Bundesverband
Information & Beratung für NS-Verfolgte

Zustiften, um dauerhaft Erinnerung und Frieden zu fördern

Zwei Stiftungen fördern die ASF-Arbeit auf langfristige Weise. Zustiftungen stärken ihre Förderarbeit.

Um die Arbeit von ASF für Frieden, Verständigung und Menschenrechte langfristig zu sichern, spielen die Helga-Weckerling-Stiftung und die Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung eine immer wichtigere Rolle. Durch Zustiftungen können Sie diese Initiativen stärken. Ihre Erlöse kommen direkt und ausschließlich der ASF-Arbeit zugute. So tragen Sie nachhaltig zur Verwirklichung der ASF-Ziele bei.

Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung

Im Angedenken an das langjährige Engagement des ASF-Mitbegründers Franz von Hammerstein und seiner Frau Verena riefen Familienmitglieder 2023 die Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung ins Leben. Damit ist ein neues Fundament gelegt, um die Arbeit von ASF dauerhaft zu stärken und die Werte und Ziele im Sinne ihrer Eltern und Großeltern weiterzuführen. Dieses Vorhaben soll durch weitere Zustiftungen wachsen.

Sie selbst setzten sich Zeit ihres Lebens, noch in jungen Jahren während der NS-Zeit beginnend, für die NS-Verfolgten und die Erinnerung an die NS-Verbrechen ein. Früh knüpften sie weltweit Kontakte für eine global gerechtere Welt, die sich ihrer Geschichte bewusst ist. Entsprechend lauten nun die Stiftungsziele: die Erinnerung an die Verfolgten der deutschen NS-Verbrechen wach zu halten, die Überlebenden und ihre Nachkommen zu begleiten und in Form von Freiwilligendiensten und Sommerlagern zeichnerhaft und ganz praktisch Verantwortung für die Verbrechen und ihre Folgen zu übernehmen. Die

geförderten Vorhaben kommen der gesamten Arbeit von ASF zugute: dem Engagement junger Menschen für Erinnerung, Demokratie, Vielfalt und Frieden; den Freiwilligendiensten und Sommerlagern, unseren Bildungsprogrammen, Veranstaltungen sowie Dialog- und Bildungsangeboten. Die Stiftung und ihre Zustifter*innen führen mit ihrem Beitrag das frühe Engagement von Verena und Franz von Hammerstein in die Zukunft.



Interview mit Adrian von Hammerstein über das Engagement seiner Eltern, die Verbundenheit mit ASF und die Idee zur Stiftung.

Der Widerstand seiner Familie und der Dahlemer Kirchgemeinde prägten den Theologen Dr. Franz von Hammerstein (1921–2011) sein Leben lang. Er kam als »Sippenhäftling« in Buchenwald in KZ-Haft. 1958 gründete er zusammen mit Lothar Kreyssig ASF und wirkte für die Aktion in verschiedenen Rollen, etwa als Geschäftsführer und Kuratoriumsmitglied. Die Theologin Verena von Hammerstein (1922–2021) unterstützte während des Kriegs in die Schweiz geflüchtete Jüdinnen*Juden. Sie unterstützte ASF tatkräftig und brachte ihre internationalen Kontakte in die Arbeit ein. Bis zu ihrem Tod blieb sie ASF eng verbunden.

Helga-Weckerling-Stiftung

Die Helga-Weckerling-Stiftung wurde im Jahr 2005 gegründet. Mit einer Spende schuf der Pfarrer Rudolf Weckerling (1911–2014) den Grundstock für die nach seiner Ehefrau benannte Stiftung. Sie fördert die Versöhnung mit den vom nationalsozialistischen Deutschland über-

fallenen und von der Vernichtung bedrohten Völkern und Menschengruppen sowie die Entwicklung der Friedensfähigkeit. Neben dem christlich-jüdischen Dialog und dem Engagement für die Rechte der Frauen in der Kirche lag Helga Weckerling die Verständigung mit den Menschen in Osteuropa besonders am Herzen.

Zustiftungen sind die einfachste und unbürokratischste Form, sich stifterisch zu engagieren – und ein idealer Weg, auf Dauer Sinn zu stiften: Sie führen zu langfristig höheren Erträgen, wodurch die Stiftung ihre Zwecke nachhaltiger verfolgen kann. Eine Zustiftung ist eine Zuwendung in den Vermögensstock einer bestehenden Stiftung. Im Gegensatz zu Spenden, die zeitnah für konkrete Projekte verwendet werden müssen, fließen Zustiftungen in das Stiftungsvermögen ein. Dieses Vermögen bleibt unangetastet, während die daraus erwirtschafteten Erträge für die Stiftungszwecke eingesetzt werden. So wirkt eine Zustiftung langfristig.

Werden Sie (Zu-)Stifter*in und sichern Sie damit dauerhaft die selbstständige und unabhängige Arbeit im Sinne der Stiftungszwecke. Wir freuen uns über Stifter*innen, die ab einem Betrag von 2.500 Euro den Grundstock der Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung erhöhen. Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung (Zustiftungen) sind steuerlich besonders begünstigt.

www.asf-ev.de/zustiften

Zur Reihe der Biographien im *zeichen*



BUNDESVERBAND
INFORMATION &
BERATUNG FÜR
NS-VERFOLGTE

*

**ZWEIT
ZEUGEN**
e.V.

#zumfeindgemacht

Die Social-Media-Kampagne ist ein Projekt des Bundesverbands Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. Wer waren die Menschen, die unter dem nationalsozialistischen Regime »zum Feind gemacht« wurden? Heutzutage wissen die meisten, dass Jüdinnen*Juden sowie Sinti*zze und Rom*nja verfolgt wurden – doch es gab noch viele andere, die aus ganz unterschiedlichen Gründen in Gefängnissen und KZ eingesperrt, zwangssterilisiert, gefoltert oder ermordet wurden.

Ausgewählte Biografien werden mit Hintergrundinformationen auf der Website www.zumfeindgemacht.de sowie auf Instagram, TikTok, Facebook, Threads und YouTube vorgestellt.

Zweitzeugen

Die persönlichen Lebensgeschichten Holocaust-Überlebender können unsere Gesellschaft verändern. Sie helfen jungen Menschen, Geschichte zu begreifen. Die Zweitzeugen wollen möglichst viele (junge) Menschen befähigen und ermutigen, Zeitzeug*innen zu begegnen und als Zweitzeug*innen ihre Geschichten festzuhalten und weiterzutragen.

Einige dieser Lebensgeschichten sind als Magazin erhältlich: www.zweitzeugen.de

ASF auf Erkundung

Neue Exkursionen und Ausstellungsbesuche in Berlin und Brandenburg

Neue Gedenkorte, Initiativen und Menschen kennenlernen? Gemeinsam vor Ort Geschichte erfahren? ASF bietet regelmäßig in und um Berlin Touren an: Gemeinsame Ausstellungsbesuche, historische Spaziergänge oder kleine Exkursionen ins Berliner Umland. Wieder hat Martin Baumgärtel ein Programm vorbereitet und wird im neuen Jahr die Touren begleiten. Anmeldung: baumgaertel@asf-ev.de

- **24. JANUAR 2025 | 15 UHR | Topographie des Terrors Berlin | Führung durch die Sonderausstellung »Reinhard Heydrich. Karriere und Gewalt«**
5 € Eigenbeteiligung | Anmeldung bis 14. Januar: baumgaertel@asf-ev.de
- **April: Gedenkorte des KZ Ravensbrück**
- **Mai: Berliner Erinnerungsorte zum NS-Unrecht**

TERMINE

27. JANUAR 2025 | 19 UHR
Französische Friedrichstadtkirche
Berlin | Gendarmenmarkt in Berlin-
Mitte
**Gedenkgottesdienst: Tag des
Gedenkens an die Opfer des
Nationalsozialismus – 80 Jahre nach
der Befreiung von Auschwitz**

10./11. MÄRZ 2025 | Erfurt
**Resilienz stärken. Wie weiter in Zivil-
gesellschaft, Jugendsozialarbeit und
Jugendarbeit?**
Kooperationstagung der BAG K+R und
Partnerorganisationen

**21.–23. MÄRZ | Ev. Bildungs- und
Tagungszentrum Bad Alexandersbad**
Das Verschwimmen der Grenzen
Kooperationstagung der BAG K+R.

30. APRIL–4. MAI 2025 | Hannover
Evangelischer Kirchentag
ASF-Programm mit Info-Stand,
Gesprächsrunden und Workshops

17. MAI 2025 | Berlin
ASF-Jahrestagung

18. MAI 2025 | Berlin
ASF-Mitgliederversammlung
Anmeldung ab Frühjahr möglich

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de/termine

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!

Ich werde Mitglied

Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).



Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Aktionscode
ZI24B03

Name:

Adresse:

Mitgliedsantrag auch online unter: asf-ev.de/mitglied-werden

Ich spende

Bitte ziehen Sie ab dem (Datum) von meinem Konto Euro
 einmalig monatlich vierteljährlich jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name:

Vorname:

IBAN:

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen:

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der*des Kontoinhaber*in

**Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: spende@asf-ev.de**

Bitte beachten: neue Kontoverbindung seit April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/datenschutz



ZUSTIFTEN HEISST ZUKUNFT STIFTEN!

Werden Sie (Zu-)Stifter*in der *Franz-und-Verena-von-Hammerstein-Stiftung* oder der *Helga-Weckerling-Stiftung* und sichern Sie damit dauerhaft die selbstständige und unabhängige Arbeit von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*. Zustiftungen in das Stiftungsvermögen sind ein idealer Weg, auf Dauer Sinn zu stiften.

Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung (Zustiftungen) sind steuerlich besonders begünstigt. Mehr Informationen hierzu finden Sie unter www.asf-ev.de/zustiften

Oder wenden Sie sich gerne an die ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen: geschaeftsfuehrung@asf-ev.de

Herzlichen Dank für Ihr Interesse!

© Pfeiffersche Stiftungen/Andreas Lander



Warum haben Sie die Hammerstein-Stiftung mit einer Zustiftung unterstützt?

Das ist eine vertrackte Familiengeschichte – wie in vielen deutschen Familien. Ein Großonkel profitierte erheblich von der »Arisierung« der Kempinski-Hotels. Das war lange ein Familiengeheimnis. Seit Jahren habe ich dazu recherchiert. Ich möchte einen Teil dieses Erbes weitergeben und habe mich für die ASF-Arbeit in Form einer Zustiftung für die die Hammerstein-Stiftung entschieden.

Hans Bartosch

GESCHICHTE ERLEBEN – ZUKUNFT GESTALTEN

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.



SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC		Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.
Begünstigte: Name, Vorname/Firma ASF e. V. IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00 BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen) BFSWDE33XXX		Betrag: Euro, Cent _____		
Danke für Ihre Spende!				
Spenden-/ Mitgliedsnummer oder Name der / des Spender*in:		ggf. Stichwort		
Z i 2 4 B 0 3				
PLZ und Straße der/des Spender*in:				
Angaben zu Kontoinhaber*in / Zahler*in: Name, Vorname / Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)				
IBAN		06		
D E				
Datum	Unterschrift(en)			

Beleg / Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in
Empfänger
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. Auguststraße 80, 10117 Berlin IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00 Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27 / 659 / 51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.
Spendenbetrag: Euro, Cent
Ihre Spendenbescheinigung
schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.
Name Auftraggeber*in / Quittungsstempel

SPENDE



Die ASF-Freiwillige Hannah besuchte bei der Partnerorganisation Association of Jewish Refugees in London Menschen, die als Kinder vor der Shoah ins Vereinigte Königreich gerettet wurden. Vera Schaufeld teilte mit Hannah ihre Erinnerungen. Sie wurde in Prag geboren und musste mit neun Jahren fliehen.
Bild: ASF/Harald Schmitt

VERERBEN FÜR EINEN GUTEN ZWECK

Über den Tag hinaus Erinnerung und Begegnung stärken!

Unterstützen Sie unsere Freiwilligen in ihrem Engagement für Erinnerung, Frieden und Solidarität: Dauerhaft Begegnungen und Bildung ermöglichen – mit Ihrem Testament! www.asf-ev.de/vererben



Bei Fragen zum Vererben und Zustiften zugunsten von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste stehen wir gerne persönlich bereit: ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen: +49 30 28395-201 oder geschaeftsfuehrung@asf-ev.de